

Wöchentlich 25 Pf., monatlich 3,00 M. Im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 50 Pf. Poststeuer und 72 Pf. Postbetriebsgebühren. Auslandabonnemente 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Abdruck des „Heiligs“, „Zeit und Zeit“, „Früher“, „Gegenwärtig“, „Zukunft“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbildung“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konparierung des „Vorwärts“ mit dem „Kleinen Anzeiger“ ist unangebracht. Der „Vorwärts“ ist ein politisches Organ, das sich mit den Problemen der Arbeiterklasse beschäftigt. Die Konparierung ist nur dann angebracht, wenn es um die Reichweite und den Einfluss geht. Der „Vorwärts“ hat eine lange Tradition und eine große Leserschaft. Die Konparierung ist ein Versuch, die Bedeutung des „Vorwärts“ zu schmälern. Dies ist ein Versuch, die Arbeiterklasse zu verwirren. Die Arbeiterklasse sollte sich bewusst sein, dass der „Vorwärts“ ein Organ der Arbeiterklasse ist und nicht ein Organ der Bourgeoisie.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. O. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Regierungen werden scharf kritisiert

Genfer Anklage wegen der Zollpolitik. — Deutsch-italienische Einheitsfront.

V. Sch. Genf, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Es ist am ursprünglichen Memorandum Briands vom Mai 1930 mit Recht kritisiert worden, daß es die Schaffung einer europäischen Union von der vorherigen Einigung über die schwebenden politischen Probleme abhängig machte und die wirtschaftlichen Fragen erst in zweiter Linie behandeln lassen wollte. Damals erblühte man in Deutschland darin den Versuch, den neuen europäischen Staatenbund zu einer abermaligen feierlichen Anerkennung des Verfallens status quo zu bewegen. Heute hat Briand in seiner Eröffnungsrede der neuen Tagung des europäischen Komitees eine deutliche Schwankung vollzogen und die wirtschaftlichen Probleme als die dringendere Frage bezeichnet, besonders angesichts der Weltwirtschaftskrise, unter der die Völker so schwer leiden. Jetzt aber sind es die Deutschen, die anscheinend die vorherige Lösung politischer Fragen für wichtiger halten.

Ohne die Bedeutung der Wirtschaftsfragen zu bestreiten, stellte Dr. Curtius in seiner Antwort

die Einladung Sowjetrußlands

und der Türkei in den Vordergrund der deutschen Interessen. Und da gleich danach Grandi die gleiche Forderung im Namen der italienischen Regierung erhob, und sie wiederum durch das prononzierte Verhalten nach allgemeiner gleicher Abrüstung und völliger politischer und juristischer Gleichberechtigung aller Staaten ergänzte, die er als unerlässliche Voraussetzung einer europäischen Union bezeichnete, ergab sich wieder einmal das Bild einer deutsch-italienischen Einheitsfront mit Sowjetrußland im Hintergrund. Es wird zwar auf deutscher Seite entschieden in Abrede gestellt, daß Curtius und Grandi den Inhalt ihrer Reden vorher vereinbart hätten. Aber offenkundig wird vor aller Welt jene Politik fortgesetzt, die uns bereits auf den jüngsten Abrüstungskonferenzen so glänzend bekommen ist: die Isolierung Deutschlands an Seite mit den beiden Diktaturstaaten Stalin und Mussolini. Damit werden wir allerdings sehr weit kommen, besonders in unserer glänzenden wirtschaftlichen Lage.

Die ohnedies geringen Aussichten, daß der Gedanke der europäischen Union auf dieser neuen Tagung irgendwelche sichtbaren Fortschritte machen würde, sind jetzt bereits auf den Nullpunkt gesunken. Man hat eben keine wichtigeren Sorgen als Sowjetrußland und die Türkei einzuladen, von denen man noch nicht einmal weiß, ob sie eine Einladung annehmen werden.

Wie dringend die wirtschaftlichen Probleme Europas einer gemeinsamen Lösung bedürfen, ging aus der Rede des Holländers Collins, des Vorsitzenden der letzten Genfer Zollkonferenz, hervor. Dieser Bericht war eine

schwere und unverblühte Anklage gegen die Regierungen.

die die letzten internationalen Völkerbundsbeschlüsse gegen die Erhöhung der Schutzzölle feierlich gefaßt und die ihre Unterbreitungen durch alsbaldige Zollserien prompt verleugnet haben. Selten sind den europäischen Regierungen auf einer Genfer Tagung so harte Worte ins Gesicht geschleudert worden. Ohne daß Deutschland in dem Bericht ausdrücklich genannt wurde, war ein wesentlicher Teil der Anklagen Collins gegen die Kararistikzollpolitik Deutschlands im letzten Jahre gerichtet. Collins erwähnte dringend die teilnehmenden Staaten, sich in letzter Stunde zu bestimmen, damit sie nicht in einen unerlösten allgemeinen Zollkrieg mit unbeschreiblichen Folgen hineinschlittern. Man sollte die Möglichkeiten wahrnehmen, die sich auf dem Gebiete der internationalen Agrarverträge eröffnen und die durch wertvolle Vorarbeiten gefördert worden sind.

Das ist wohl auch der einzige Punkt, auf dem man vielleicht noch auf der jetzigen Tagung einige konkrete Ergebnisse erreichen wird. Im übrigen dürfte man morgen beschließen, Rußland und die Türkei aufzufordern, an den Genfer Beratungen über die Vereinheitlichung Europas teilzunehmen. Aber ob das auch ein Fortschritt sein wird, muß erst die Zukunft erweisen.

Der Aufmarsch des Protektionismus.

Genf, 16. Januar.

In der öffentlichen Nachmittags-Sitzung der Europa-Konferenz wurde mit der Beratung der Wirtschaftsfragen begonnen. Schon auf der ersten Konferenz im September vergangenen Jahres war in Aussicht genommen worden, daß die Konferenz zu den Ergebnissen der damals bevorstehenden Wirtschaftskonferenz der europäischen Regierungen Stellung nehmen sollte, um insbesondere eine Initiative zu ergreifen für den Fall, daß sich auf dieser Konferenz Schwierigkeiten ergeben sollten. Der Vorsitzende dieser Konferenz, der ehemalige holländische Ministerpräsident Collins, erledigte sich heute nachmittag seiner — wie er in seiner Rede mehrmals betonte — un dankbaren Aufgabe, in der gewohnten wissenschaftlichen und objektiven Weise. Collins gab eine

ungehinkte Darstellung der bisher so gut wie ergebnislos gebliebenen Bemühungen.

auf dem Wege einer internationalen Zusammenarbeit zu einer Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kommen.

Collins führte im einzelnen hierüber aus: Im ersten Jahre nach der Weltwirtschaftskonferenz wurden keine kollektiven Anstrengungen gemacht, um die Tarife zu senken. Im zweiten Jahre wuchsen im Gegenteil die protektionistischen Störungen und im Jahre 1929 beschloß infolgedessen die Völkerbundsversammlung die Einberufung einer neuen Konferenz, um zu einer Bewirkung der Ziele der Weltwirtschaftskonferenz zu kommen. Die sogenannte Zollwaffenstillstands-Konferenz im März 1930 hatte einen ausgesprochen europäischen Charakter. Sie erwies sich als ein

500 000 Arbeiter ausgesperrt.

Großkampf in der englischen Textilindustrie.

London, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Allem Anschein nach werden am Montag die 150 000 streikenden Bergarbeiter von Südwales in ihre Gruben zurückkehren, nachdem sie einstweilen den Angriff der Unternehmer auf Arbeitszeit und Arbeitslohn erfolgreich abgewehrt haben.

Am gleichen Tage schließen jedoch die Baumwollfabriken von Lancashire ihre Tore und werfen damit 220 000 Arbeiter auf die Straße. Bevor der Außenminister Henderson nach Genf fuhr, ist er noch einmal in das Kampfgebiet gefahren, um den Frieden zu vermitteln, denn wenn die Webstühle ruhen, müssen auch die Spinnereien erliegen und die Aussperrung von weiteren 280 000 Spinnereiarbeitern nach sich ziehen. Hendersons Bemühungen waren vergeblich und Freitag nacht sind die seit Tagen in Lancashire geführten Vermittlungsversuche der Arbeiterregierung endgültig gescheitert. Nicht einmal ein Aufschub der Aussperrung konnte von den Regierungsunterhändlern erreicht werden.

Damit beginnt einer der schwersten Kämpfe der englischen Arbeiter.

Beschlag insofern, als die auf ihr beschlossene Handelskonvention, durch die sich die Staaten zu einer gewissen Stabilisierung der Zolltarife verpflichteten, bis jetzt nicht in Kraft gesetzt werden konnte. Die Novemberkonferenz der Regierungen, die hauptsächlich die Inkraftsetzung dieser Konvention beschließen und ein Programm für weitere einheitliche Maßnahmen festlegen sollte, hat endgültig gezeigt, daß trotz der Wirtschaftskrise in Europa

bei den Regierungen nicht der Wille vorhanden

ist, durch gemeinsame Anstrengungen aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Die Ergebnisse haben gezeigt, daß die Regierungen es nicht für möglich halten, im gegenwärtigen Zeitpunkt gemeinsame Anstrengungen auf dem Gebiete der Zölle zu unternehmen. Es hilft nichts, diese Lasten, die große Gefahren in sich bergen, zu verschleiern. Man muß feststellen, daß die Anstrengungen, die vom Völkerbund gemacht worden sind, um den Entschleunigungen und Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1927 zu entsprechen, auch was die Verhältnisse in Europa betrifft,

als gescheitert

angesehen werden müssen. Das Ergebnis einer fast vierjährigen Arbeit ist keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, wie sie die Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 vorfand. Diese Tatsache hat zur Folge, daß in einer großen Anzahl von Ländern die Menschen jede Hoffnung auf den Völkerbund aufgegeben haben. In dieser Situation liegt die ungeheure Gefahr, daß künftig auch diejenigen Länder, die bisher eine liberale Handelspolitik geübt haben, ihrerseits zu einer Aenderung ihres Handelssystems schreiten, und daß die wirtschaftliche Zerstückelung Europas, die schon heute Europa gegenüber den anderen Kontinenten schwächt, noch größer wird. Die politischen Folgen eines allgemeinen europäischen Handelskrieges wären katastrophal. Nur durch eine bessere wirtschaftliche Organisation Europas könnten die europäischen Staaten auch politisch einander näher gebracht werden.

Die Rede Collins machte einen tiefen Eindruck auf die Versammlung.

Neue Hafenkreuz-Bluttat.

Ueberfall auf einen Redakteur.

Oberkain, 16. Januar.

Der Schriftleiter des sozialistischen „Nahel“-Boten, Josef Füllenbach, wurde, als er die Gewerkschaftsräume verließ, von einem Nationalsozialisten, den er tags zuvor in seinem Blatte angegriffen hatte überfallen und so schwer am Kopfe verletzt, daß er blutüberströmt in seine Wohnung geschafft werden mußte.

Parlamentsreform.

Das Schicksal der nächsten Staatsberatungen.

Von Paul Löbe.

Wenn der Deutsche Reichstag in diesen Tagen die ihm obliegenden Aufgaben, die Beratung des Haushalts für 1930/31 beginnt, wird er sofort die politische und geschäftsordnungsmäßige Lage klarstellen müssen, unter der er seine Arbeiten aufnimmt und zu einem positiven Ende führen kann.

Der vorjährige Haushaltsplan ist, nachdem er im wesentlichen im Haushaltsausschuß zur Erledigung gekommen war, durch Rotverordnung vom 26. Juli 1930 verkündet und in Kraft gesetzt worden. Seitdem sind weitere neunundzwanzig Gesetzesmaterien, deren Einzelheiten tief mit dem Haushaltsplan für 1930/31 verknüpft sind, auf dem gleichen Wege in Kraft gesetzt worden, nämlich durch die Rotverordnung vom Dezember 1930.

Es besteht kein Zweifel, daß der neue Reichshaushalt in der festgesetzten Frist bis zum 31. März 1931 erledigt sein muß, sollen nicht die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, eine weitere Vermehrung erfahren und all Ansätze zur Besserung zerfallen werden.

Das deutsche Parlament steht, darüber darf niemand im Zweifel sein, vor der Entscheidung, ob es der Aufgabe gewachsen ist, die es im Rahmen der geltenden Verfassung zu erfüllen hat, vor der Entscheidung, ob es selbst, das Organ, dem die Wähler die Staatsgewalt übertragen haben, die ordnungsmäßige Erledigung überaus wichtiger Staatsgeschäfte hindern soll.

Man mag über die Notwendigkeit und Zulässigkeit der Rotverordnung vom 26. Juli 1930 gestritten haben. Die zweite dieser Verordnungen, die vom 1. Dezember, war nach Lage der Sache, bei dem Zustand unserer Wirtschaft und unserer Finanzen unvermeidlich.

Dabei habe ich zunächst die technische Seite der ganzen Frage im Auge. Der Reichstag hätte in der gegebenen Frist das überaus umfangreiche Material, das, wie gesagt, etwa neunundzwanzig zum Teil sehr folgenreichere Gesetze umfaßt, bei seiner jetzigen Arbeitsweise in der dafür notwendigen Frist auch bei gutem Willen nicht fertigstellen können. Er hätte, die erforderlichen Ausschuhberatungen eingerechnet, fünf bis sechs Monate zu dieser Arbeit gebraucht. Dabei wäre — das ist die politische Seite der Frage — nach getaner Arbeit das Schicksal der Gesetze bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Hause auch noch zweifelhaft geblieben. Unwiederbringliche Zeit wäre vergeudet und das Resultat — so sehr man über dasselbe streiten mag — überhaupt in Frage gestellt worden.

Unter diesen Umständen war der Weg der Rotverordnung, das muß auch der auf peinliche Wahrung demokratischer Formen bedachte Staatsbürger nach gewissenhafter Prüfung zugeben, der einzige mögliche Ausweg, den jede Regierung in gleicher Lage hätte beschreiten müssen, wenn sie überhaupt etwas zustande bringen wollte. Die Rotverordnung füllte die Lücke, die die gegenwärtige Arbeitsweise des deutschen Parlaments geschaffen hat.

Das gilt auch für die Zukunft und für die nächsten Monate. Entweder das Parlament gestaltet seine Arbeitsweise so, daß es die ihm gestellten Aufgaben zur rechten Zeit löst oder es drängt die jeweilige Regierung wieder auf den Weg, unabweisbar notwendige Dinge mittels einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 durchzuführen.

Die Krise des Parlamentarismus wird in diesem Einzelfalle wieder akut. Sie ist lange vorher in diesen Ländern debattiert worden. Der Umfang der gesetzgeberischen Arbeiten ist außerordentlich gewachsen. Sie weisen viele große allgemeinerpolitische Sachgebiete und so unzählige kleine Fachfragen auf, daß der Reichstag sie in der bisherigen Beratungsform nicht mehr bewältigen kann, wenigstens in so unnormalen Zeiten, in denen wir heute leben. Die Zersplitterung im Parlament selbst macht die Aussicht einer geschlossenen einheitlichen Politik außerdem so unsicher, daß es auch deshalb starker Zügel bedarf, wenn der Reichstag nicht verfallen, also seine Macht und seinen Einfluß einfach fahren lassen will.

Die Frage der Rotverordnung ist nicht mehr eine Frage der Regierung, sondern des Parlaments. Kann das Parlament seine Aufgabe nicht lösen, dann hat es selbst die Regierung auf den Weg gedrängt. Ohne Rücksicht auf die jeweilige Parteikonstellation gilt das ebenso von jeder auf schwachen Füßen stehenden Reichstagsmehrheit, die mit gleichen parlamentarischen Verhältnissen arbeiten muß, stehe sie nun links, rechts oder in der Mitte.

Das erste wäre also eine Geschäftsordnung, die

Rückgang des Wohnungsbaus.

Heißt das Arbeitsbeschaffung und Belebung der Wirtschaft?

auf alle Fälle das erforderliche Pensum bis zum 31. März erledigt. Die politische Gestaltung der Etatsgesetze sei zunächst dahingestellt. Für eine weitere Zukunft wird sich deren Beratung am ehesten möglich machen lassen, wenn man die drei Lesungen der Gesetze im Parlament auf zwei reduziert, nämlich auf die erste und dritte, in der nur die allgemeinen Hauptfragen und Grundsätze der Entwürfe besprochen werden. Die gründliche zweite Lesung muß durch die Ausschußberatung als erledigt gelten. Im Hause selbst bei 578 Abgeordneten und 13 Parteien und Gruppen über Einzelheiten zu debattieren, ist nicht nur zu zeitraubend, es kommt auch eine wirkliche Scheidung zwischen wichtigen und unwichtigen Gegenständen dabei nicht mehr zustande. Die Anträge des Ausschusses können natürlich im Plenum wiederholt werden, aber sie kommen nur noch zur Abstimmung. (Die Reichsratsverhandlungen und Parteiführerbesprechungen vor der letzten Notverordnung waren übrigens ein solcher Ausschüßerfolg).

Für die diesmalige Etatsberatung wird sich der Reichstag mit dieser Abklärung vielleicht noch nicht einverstanden erklären, obwohl sie in früheren Stadien der Besprechung von den Abgeordneten der verschiedensten Parteien, wie Koch-Beser und Freitag-Boringhove in den Grundzügen gefordert wurde. Wenn also die Neuerung nicht sofort in Kraft treten kann, dann muß sich Ausschuß und Plenum auf einen Stundenplan einigen, der die rechtzeitige Erledigung garantiert. Das englische Unterhaus hat bekanntlich seit vielen Jahrzehnten zu diesem Zweck die „Cloture“ geschaffen, die Balfour die „Guillotine“ nannte. Wenn bis zu einem bestimmten Tage vor Ablauf der Session das Budget nicht erledigt ist, hört jede Debatte über die noch ausstehenden Punkte auf: es wird nur noch abgestimmt, ganz gleich, wie wichtig die noch nicht debattierten Etatsposten sein mögen. Diese Abklärung dünkt mir etwas plump. Ich würde eine strikte Zeiteinteilung vom ersten Tage der Beratung an vorziehen, die wenigstens eine Berücksichtigung aller wichtigen Etatsposten, wenn auch in abgekürzter Form, möglich macht.

Ebenso wichtig als diese rein technische Frage ist natürlich die finanzielle der Balancierung des Etats. Immer lauter ist der Ruf geworden, eine Sicherung zu schaffen, daß nicht vom Reichstag Ausgaben beschlossen werden, für die eine Deckung nicht vorhanden ist. Auch die Linke wird sich der Notwendigkeit solcher Vorbeugungsmaßnahmen nicht entziehen können. Auch hier hat England wieder eine recht drastische Form gewählt. Seit dem 11. Juli 1713 (!) besteht eine Order, die am 25. Juni 1852 und am 20. März 1866 erneuert wurde und heute noch in Kraft ist, nach welcher das Haus Ausgaben überhaupt nicht bewilligen kann, solange die Regierung damit nicht einverstanden ist. Ein dahingehender Antrag der Abgeordneten wird sogar für unzulässig erachtet.

Auch hier ist die Übertragung der englischen Verhältnisse auf die unseren natürlich nicht möglich. Die Sozialdemokratie würde einer Brüning-Regierung und Herr Hugenborg einer Braun-Regierung in Preußen solche Vollmachten nicht geben wollen. Aber in irgendeiner Form muß vorgebeugt werden, daß nicht Ausgaben beschlossen werden, für die keine Einkünfte vorhanden sind. Sonst können die beschlossenen Ausgaben nicht gemacht werden. Sonst gerät das Staatsbudget im ganzen in Gefahr.

Es ist angeregt worden, mit Geldausgaben verknüpfte Anträge nur in Verbindung mit der Etatsberatung vorzunehmen, um so den gleichen Zweck zu erreichen. Das wäre ein Weg. Ob er genügt, scheint mir zweifelhaft. Doch müssen wir es verhindern, daß etwa eine Zufallsmehrheit eine Ausgabe von 360 Millionen beschließt, wie das kürzlich beinahe Wirklichkeit geworden ist, ohne daß einer der Antragsteller sich den Kopf zerbrochen hat, woher die Mittel kommen sollen. Ja, die Nationalsozialisten erklärten sogar höhnisch, darüber möge sich die Regierung den Kopf zerbrechen, das sei nicht ihre Aufgabe! Vielleicht wäre ein Weg in Verbindung mit dem letzten Vorschlag möglich, daß solche Anträge überhaupt nur als angenommen gelten, wenn von der gleichen Mehrheit die Deckungsmittel dafür bewilligt und budgetmäßig nachgewiesen sind. Alles andere ist doch im Grunde genommen eine Täuschung der Wähler, denen man Versprechungen macht, die nicht gehalten werden können. Es ist auch hier eine baldige Vorkehrung vorzuziehen.

Selbstverständlich gehört zur ordentlichen parlamentarischen Erledigung des Etats auch die erforderliche Mehrheit, die trotz aller Parteizersplitterung erreicht werden muß, wenn nicht andere Formen der Haushaltschöpfung eintreten sollen. Aber das ist die parteipolitische Frage, über die ich in diesem der technischen Handhabung gewidmeten Aufsatz nicht sprechen will. Eine Feststellung nur: Jeder Etatsablehner muß sich sagen, daß der diktierte Reichshaushalt viel weniger Wünsche und Forderungen zu berücksichtigen braucht, als der vom Parlament selbst zusammengestellte. Daraus ergibt sich schon eine wichtige Richtlinie.

Weitere Anregungen gehen in der Richtung einer weiteren Verschärfung der Ordnungsbestimmungen des Hauses. Man erwägt die Vorschläge, daß der einen Kollegen beschimpfende Abgeordnete — Herr Goebels rief kürzlich dem Sozialdemokraten Karsten ohne jeden ersichtlichen Grund das Schimpfwort „Misser!“ an den Kopf — solange nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen dürfe, als er sich nicht vor dem Hause für seine Beschimpfung entschuldigt hat. Dieses zwingende Gebot ist in England und anderen Parlamenten Rechtsens. Mir scheint, daß die gegenwärtigen Vorschläge ausreichen, um die Durchführung der Sitzungen gegen gewaltsame Störungen und gegen Entwürdigungen zu sichern, sie müssen nur im Notfall in aller Schärfe angewendet werden.

Jedenfalls steht das eine fest: Fruchtbare Parlamentsarbeit kann in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, nur geleistet werden bei strengster Selbstdisziplin der Volkserreiterung. Wer die fruchtbare Arbeit will, muß auch die Disziplin wollen. Das Hause of Commons hat sich in seiner 600jährigen Geschichte nicht geschämt, innerhalb kurzer Zeit einige hundert Änderungen der Geschäftsord-

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags gab am Freitag im Rahmen der Vorberatung des Wohlfahrts Haushaltes beim Abschluß über Wohnungs- und Siedlungsweisen der Wohlfahrtsminister Dr. Hieseler ein Bild über die Entwicklung des Wohnungsneubaus in Preußen.

Im Jahre 1929 sind an Wohnungen neu geschaffen worden rund 200 000 gegen 192 000 im Jahre 1928. Die Zahl der durch Umbau neu geschaffenen Wohnungen beträgt rund 11 000, während durch Abbruch, Brand usw. rund 13 000 Wohnungen in Fortfall gekommen sind.

Der Reinzugang an Wohnungen im Jahre 1929 stellt sich also auf rund 193 000 gegen rund 190 000 im Jahre 1928.

Im Jahre 1929 waren von den neu erbauten Wohnhäusern 79,4 Proz. Kleinhäuser mit ein bis zwei Wohngeschoßen und höchstens vier Wohnungen. Von den im Jahre 1929 neu geschaffenen Wohnungen wurden erstellt von privaten Bauherren 53,6 Proz., von gemeinnützigen Gesellschaften 38 Proz., von öffentlichen Körperschaften und Behörden 8,3 Proz. Auch für 1930 liegen die Ergebnisse verhältnismäßig günstig.

Es sind festgelegt im Jahre 1930 rund 193 000 Neuwohnungen,

davon 138 000 mit Hauszinssteuerhypotheken, 18 000 mit Hilfe anderer öffentlicher Mittel und 37 000 ohne öffentliche Mittel. Die Zahlen stellen sich auf rund 7 000 weniger als im Vorjahr. Erfreulich ist auch die Feststellung, daß am 31. Dezember 1930 noch rund 95 000 unvollendete Wohnungsneubauten vorhanden waren. Zu berücksichtigen ist, daß in dem sogenannten Übergang in das Jahr 1930 rund 15 000 in der Ausführung begriffene Wohnungen enthalten sind, die mit Mitteln des Reichsmohnungsnotprogramms 1930 gefördert worden sind. Diese Sonderhilfe des Reiches hat Preußen zu etwas mehr als 17 000 neuen Wohnungen verholten.

Für das Jahr 1931 ist die Lage völlig verändert.

Der Finanzminister rechnet mit einem Hauszinssteuerertrage von noch rund 900 Millionen, von denen 3 Proz. auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten abzusehen sind. Es werden für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen 436,5 Millionen, wovon aber für die Realsteuerentlastung ein Drittel im Betrage von 145,5 Millionen abzuziehen ist, so daß 291 Millionen verbleiben. Für Inflationsbauten treten hinzu an Sonderhauszinssteuer 5 Millionen, so daß sich ein Betrag von 296 Millionen ergibt. Da ein Betrag von 86 Millionen für Instandhaltung des Wohnraums, Leistung von Zinsverpflichtungen usw. in Begleich kommt, so verbleibt für die Neuerrichtung von Wohnungen ein Betrag von voraussichtlich etwa 210 Millionen.

Mit diesen Mitteln könnten 64 000 Wohnungen mit Hauszinssteuerhypotheken gefördert werden gegenüber 136 000 im Jahre 1930.

Die Reichsregierung wünscht, um den Rückgang zu mildern, die Einziehung von Zinszuschüssen aus der öffent-

lichen Hand. Rechnet man zu den genannten 64 000 Wohnungen 20 000 Wohnungen hinzu, die mit Hilfe besonderer öffentlicher Mittel (Landarbeiterwohnungen, Wertwohnungen usw.) gebaut sind, so würden gefördert sein 84 000 Wohnungen, während nach dem Reichsprogramm in Preußen 130 000 Wohnungen zu fördern sind. Die Differenzzahl von 46 000 Wohnungen müßte mit Hilfe von Zinszuschüssen erbracht werden. Dazu ist notwendig Kapital vom freien Geldmarkt sowie öffentliche Mittel für Zinszuschüsse. Das Kapital vom freien Geldmarkt wird mit 150 Millionen veranschlagt. Ob eine solche Summe nötig ist, läßt sich allerdings noch nicht übersehen. Die Mittel für Zinszuschüsse würden voraussichtlich zum größten Teil in den Zinsrückflüssen von Staat und Gemeinde aus früher ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken, soweit hier nicht bereits verfügt worden ist, vorhanden sein. Man muß aber auch hier die Entwicklung des Kapitalmarktes abwarten. Gesichert erscheinen zunächst außer den angegebenen 64 000 und den genannten 20 000 Wohnungen noch 35 000 Wohnungen, die voraussichtlich wie in den letzten Jahren ohne öffentliche Hilfe errichtet werden. Es kommen also voraussichtlich rund 120 000 Neubaumwohnungen in Frage.

Die Not der erwerbslosen Jugend.

Bei der Beratung des Abschnitts Allgemeine Volkswohlfahrt im Haushalt des preussischen Wohlfahrtsministeriums sprach als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Genosse Bauer über die Lage der Gemeinden: „Die Zahl der von den Gemeinden zu unterstützenden Erwerbslosen ist von Januar bis Dezember 1930 von 241 000 auf 624 000 gestiegen. Für die Gemeinden liegt die große Gefahr vor, daß von den am 31. Dezember 1930 gezählten 667 000 Heißenunterstützungsempfängern ein beträchtlicher Teil für den Haushalt 1931/32 als Unterstützungsempfänger der Städte in Betracht kommt.“

Hauptaugenmerk muß auf die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen von 14 bis 21 Jahren gelegt werden. Es mögen gegenwärtig 450 000 bis 500 000 Jugendliche sein, die arbeitslos sind. Der Handelsminister ist mit Anregungen an die Gemeinden herantreten, im Interesse dieser Jugendlichen die Berufsschulen zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden sind gern bereit, alle organisatorischen Einrichtungen für diese Zwecke zu treffen. Vom preussischen Staat jedoch erwarten sie Unterstützung finanzieller Art. Die Sozialdemokraten fordern die Einstellung von 5 000 000 M. für die Betreuung der erwerbslosen Jugend und 5 000 000 M. für Zwecke der vorbeugenden Fürsorge in den Gemeinden mit besonders großer Erwerbslosenziffer.

Gegen Kürzung der Mittel zur Förderung der im Dienste der Jugendpflege stehenden Vereine müssen wir sein, weil die für diese Zwecke für das Jahr 1930 bereitgestellten Mittel zu einem nicht geringen Teil für die erwerbslose Jugend Verwendung gefunden haben. Der Betrag von 3 900 000 M. wird auch für dieses Jahr gefordert. — Ebenso müssen gerade in dieser Notzeit die Mittel für Leibesübungen und Sport erhalten werden.

nung vorzunehmen, um seine Arbeitsfähigkeit zu sichern. Diese Reformen sind stets von beiden großen Parteien betrieben worden, weil sie als eine technische Angelegenheit des ganzen Hauses erklören und das Parlament erst instandsetze, seine Pflicht zu erfüllen. Vor den gleichen Fragen steht heute der deutsche Reichstag.

Die Roggenflüch.

Untersuchung im Reichstagsausschuß.

Ein Untersuchungsausschuß des Reichstages beschäftigt sich jetzt mit der in der Deutschnationalen so stark umstrittenen Roggenflüchaktion vom August und September des vorigen Jahres. Wir haben allen Grund zu wünschen, daß die ganze Roggenflüch, an der der agrarische Sachverständige der Partei und jetzige Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Baade hervorragend beteiligt war, durch den Ausschuß nach jeder Richtung erschöpfend untersucht wird. Wir versprechen uns davon eine wesentliche Klärung einiger schwieriger und komplizierter Probleme der gegenwärtigen Agrarpolitik. Die Meinungen über diese Probleme und insbesondere über die genannte Roggenflüchaktion gehen auch innerhalb unserer Partei stark auseinander. Freilich nicht über die Zulässigkeit einer agrarischen Stützungsaktion überhaupt, sondern über die Bedeutung, die eine solche Politik im Gesamtrahmen der von uns bekämpften Schließung Agrarpolitik gewinnt, und namentlich über die Zielsetzung (Nichtpreis!), die Methoden und die Wahl des Zeitpunktes (während des Wahlkampfes) bei der genannten Roggenflüchaktion.

Für einen Teil der bürgerlichen Presse scheint dagegen das Schwergewicht des ganzen Problems in der persönlichen Diffamierung des Genossen Baade zu liegen. Auf diesem Gebiete wurde schon mancherlei geleistet, was dem bürgerlichen Journalismus wahrhaftig nicht zur Ehre gereicht. Zu dem gleichen traurigen Kapitel gehören auch die beiden neulich im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel „Historie und Legende“ von Herrn Topf. Der Aufklärung des schwierigen und sehr wichtigen Problems können solche, von persönlichem Haß erfüllte und jeder Sachlichkeit entbehrende Artikel nicht dienen. Höchstens können sie zur Folge haben, daß mancher Kritiker der letzten Roggenflüchaktion sich zurückhält, um sich nicht in einen Topf mit Herrn Topf geworfen zu sehen. Wir werden uns durch diese Art der Polemik nicht beirren lassen und werden die Ergebnisse der Arbeit des Untersuchungsausschusses zur sachlichen und grundsätzlichen Behandlung der agrarischen Stützungsaktion als eines wirtschaftlichen und politischen Problems verwerten.

Zusammentritt des Ausschusses.

Gestern normittag trat der Untersuchungsausschuß zusammen, der zur Nachprüfung der in den letzten Monaten durchgeführten Sitzung der Getreidepreise eingesetzt worden war. Nachdem inzwischen die Staatspartei Fraktionsstärke erlangt hat, legte der Genosse Tarnow seinen Bericht nieder und gab ihn in die Hände des Herrn Dr. Weber von der Staatspartei. Nachdem ferner ein Vertreter der Nationalsozialisten zum Schriftführer er-

nannt worden war, bestimmte man zum Berichterstatter Genossen Sender.

Der Vorsitzende schlug dann einen Arbeitsplan vor, der sich im wesentlichen auf die im sozialdemokratischen Antrag gestellten Fragepunkte stützt. Nach kurzer Aussprache wurde dieser Plan, ergänzt durch einige Forderungen des Abg. Stubbenborff (Dnat.), angenommen. Einem Antrag, je einen Generalachverständigen für den Handel und die Landwirtschaft regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen zu lassen, wurde widersprochen und lediglich in Aussicht genommen, je nach Bedarf Sachverständige zu berufen. Abschließend nahm der Ausschuß ausführliche Berichte des Reichsernährungsministers Schiele wie des als Kommissar für den Ausschuß bestellten Reichskommissars Dr. Baade entgegen.

Die Aussprache über die beiden Berichte wird am 2. Februar 1931 stattfinden. Bis dahin sollen auch die verlangten Materialien und Unterlagen beschafft werden.

Safentkrenzpräsident in Bremen.

Mit Hilfe der Kommunisten.

Bremen, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Heute trat die neugewählte Bürgerschaft zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die 32 Nationalsozialisten erschienen sämtlich in Braunschweig. Als Präsident der Bürgerschaft wurde in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten der Nationalsozialist Bernhard mit den Stimmen der Deutschnationalen, Volkspartei und Wirtschaftspartei gewählt. Da die Kommunisten in der Stichwahl ihren völlig aussichtslosen Kandidaten aufrechtbehielten, kam der Sozialdemokrat, für den nach die Staatspartei und das Zentrum stimmten, in die Minorität. Ein neuer Beweis dafür, daß sich die Kommunisten überall als Schrittmacher der Nationalsozialisten betätigen. Die Sozialdemokratie besetzte das Amt des Vizepräsidenten und stellte außerdem zwei Schriftführer.

Es erfolgte darauf die Wahl der Deputationen nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. In der darauf folgenden Verhandlung über die Tagesordnungspunkte wurde dem Vertrag der Länder Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg und Braunschweig über die gemeinschaftliche Verwaltung der Strafanstalten mit großer Mehrheit zugestimmt.

Am Schluß der Sitzung brachten die Nationalsozialisten ein Misstrauensvotum gegen den jetzt amtierenden, aus Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiern bestehenden Senat ein. Das war die Quittung der Nationalsozialisten dafür, daß die Volkspartei dem Hiler-Präsidenten zum Siege verholfen hatte! Ueber diesen Antrag, der die Volkspartei in arge Verlegenheit versetzt hat, wird in der nächsten Sitzung verhandelt.

Der Auswärtige Ausschuß des Sejm hat in zweiter und dritter Lesung die Gesetzentwürfe über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages über Regelung der Rechtsverhältnisse der Deutschen in Danzig, Warschau und den deutsch-polnischen Vertrag über Sparkassenangelegenheiten angenommen.

Der russische Staatsanwalt hat gegen das Gesamturteil von Golossowitsch Berufung eingelegt, und zwar wegen der zu niedrigen Strafverurteilung sowie wegen der Preisprechung des einen Angeklagten.

Im Zeichen der Maskenbälle

„... verleihe ich Ihnen das Ritterkreuz.“

Das Nachrichtenblatt des „Verbandes ehemaliger 46er (Prof Kirchbach-Bund)“ vom Januar 1931 enthält folgende Mitteilung:

Seine Majestät der Kaiser hat dem Rittmeister der Landwehr, der Kavallerie a. D. Bloch, der ihm in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt in dem Beleidigungsprozess gegen den Redakteur Mendel der „Westeinischen Morgenpost“ vertreten hat, nachstehendes Schreiben übersandt:

„Als Zeichen meiner dankbaren Anerkennung Ihrer erfolgreichen juristischen Arbeit und Ihrer bewährten treuen Gesinnung in dem Kampf gegen Niedertracht und Lüge verleihe ich Ihnen das Ritterkreuz meines königlichen Hausordens von Hohenzollern.“

Wilhelm I. R.“

Der Rechtsanwalt B. Bloch — schon der Name verrät völlige Abfassung und Gefinnung — wird sich freuen, im Zeichen der Maskenbälle ein kaiserliches Spielzeug zu haben. Er hat es durch die „treue Gesinnung“ auch redlich verdient, und niemand wird ihn darum beneiden.

Indessen — da bleibt noch ein Übriges zu tun: Er sollte seine „erfolgreiche juristische Arbeit“ nicht als beendet ansehen, sondern dem Spielzeugverleiher von Doorn submissiv begreiflich machen, daß Allerhöchstersele nicht berechtigt ist, einem Redakteur, mit dem er einen Rechtshandel hatte, „Niedertracht und Lüge“ vorzumerken. Denn der „I. R.“ (lies: Im Ruhestand!) könnte sich sonst selbst einen Beleidigungsprozess zuziehen.

Die Finanzdebatte.

Hugenbergsche Phantasiepläne / Dillersche Bauernfängerei

Im weiteren Verlauf der finanzpolitischen Aussprache im Ausschuss für den Reichshaushalt kam nächst noch der Abgeordnete Hergt (Dnat.) zu Wort, der das Hugenbergsche Projekt einer Reparationsabgabe entwickelte und von der Regierung sorgfältige und genaue Prüfung verlangte. Das große Verdienst Hugenbergs liege darin, daß hier der Reichsregierung ein Weg gewiesen werde, auf dem man auf Grund eigenen Rechts und eigener Initiative Deutschlands zu einer Revision des Young-Plans kommen und unsere Reparationsgegner wie alle übrigen Länder an den Verhandlungstisch zwingen könnte. Der Vorschlag müsse unter solchen Gesichtspunkten gewürdigt und als der einzige Weg der ernstlichen Revision anerkannt werden.

Dr. Cremer (D. Sp.) lehnte es ab, die Reichsregierung für die deutsche Krise verantwortlich zu machen. Deutschlands Lage sei die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise. Wenn auch jede Krisis bisher als die letzte bezeichnet worden sei, so habe das kapitalistische System doch immer noch seine Elastizität bewiesen. Diese Ueberzeugung hindere ihn aber nicht, auszusprechen, daß bisher über allem, was in Deutschland geschehen sei, das Wort stehe: Zu spät! Er lehne daher den „gemäßigten Optimismus“ des Reichsfinanzministers ab, der uns nur wieder zu neuen Bedrängnissen führen würde. Dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Hilferding billige er die Fülle der Erkenntnisse, dem gegenwärtigen Finanzminister die Fülle des Willens zu. Er möchte hoffen, daß der Reichsfinanzminister mit diesem Willen die notwendige Einsparung von weiteren 300 Millionen auf der Ausgabeleihe des Haushalts durchziehen werde. Nur dann werde die Deutsche Volkspartei in der Lage sein, der Regierung weiter zuzustimmen.

Zum Schluß erging sich der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt in den schwärzesten Prophezeiungen über die Katastrophe, die demnächst über Deutschland hereinbrechen werde. Das Ziel der Nationalsozialisten sei zunächst, die sofortige Auflösung des Reichstags zu erzwingen. Dann würden sie in verdoppelter Stärke zurückkehren und dann werde es ihre hohe und heilige Aufgabe sein, dem deutschen Volke den Weg aus Not und Elend, aus Anrechtlosigkeit und Gebundenheit zu Freiheit, Wohlstand und Glück zu weisen.

Trauertag in Bombay.

Gewaltige Massendemonstrationen. — 100 Schwerverletzte.

Bombay, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Bei den Kämpfen am Freitag wurden nach offiziellen Mitteilungen 261 Personen leicht und 55 schwer verletzt. 140 000 Arbeiter streiken im Streik.

Bombay, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Der vom allindischen Kongress für Freitag ausgerufenen Trauertag für die vier hingerichteten Inder und die Abwehrmaßnahmen der Regierung haben zu den befürchteten großen Unruhen geführt. Es war der heißeste und schwärzeste Tag in der Geschichte des allindischen Kampfes.

Raum hatte der Morgen gedämmt, als in Bombay bereits die ersten Demonstrationen begannen und damit die ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die gekamten Bombayer Polizeistreikkräfte, über 5000 berittene und unberittene Schutzeinheiten, waren auf den Straßen und Plätzen versammelt, um die Massen zu zerstreuen. Bis zum Mittag wurden bereits über 100 Einzeldinge gezählt, mehr als 100 Personen schwer verletzt in die Krankenhäuser gebracht und viele Hunderte von Demonstranten durch Stockschläge leicht verwundet. Ferner wurden Hunderte von Personen verhaftet, die Straßenbahnen aufhielten oder Steinbombardements erließen oder die Eingänge zu den Schulen, Kneipen und Gerichten versperrten. Die Mehrzahl der Geschäfte und Läden war geschlossen. Etwa 100 000 Arbeiter hatten sich an den Unruhen und Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen beteiligt. An einer besonders gefährlichen Stelle machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und verletzte zwei Demonstranten. Die Demonstrationen und Kämpfe dauerten bis in die Nacht. Ihr genauer Umfang, die Zahl der Ereignisse, der Verwundeten und Verhafteten war noch nicht festzustellen. Unter den in das Gefängnis eingelieferten Personen befinden sich sämtliche Mitglieder des verbotenen allindischen Kriegskomitees.

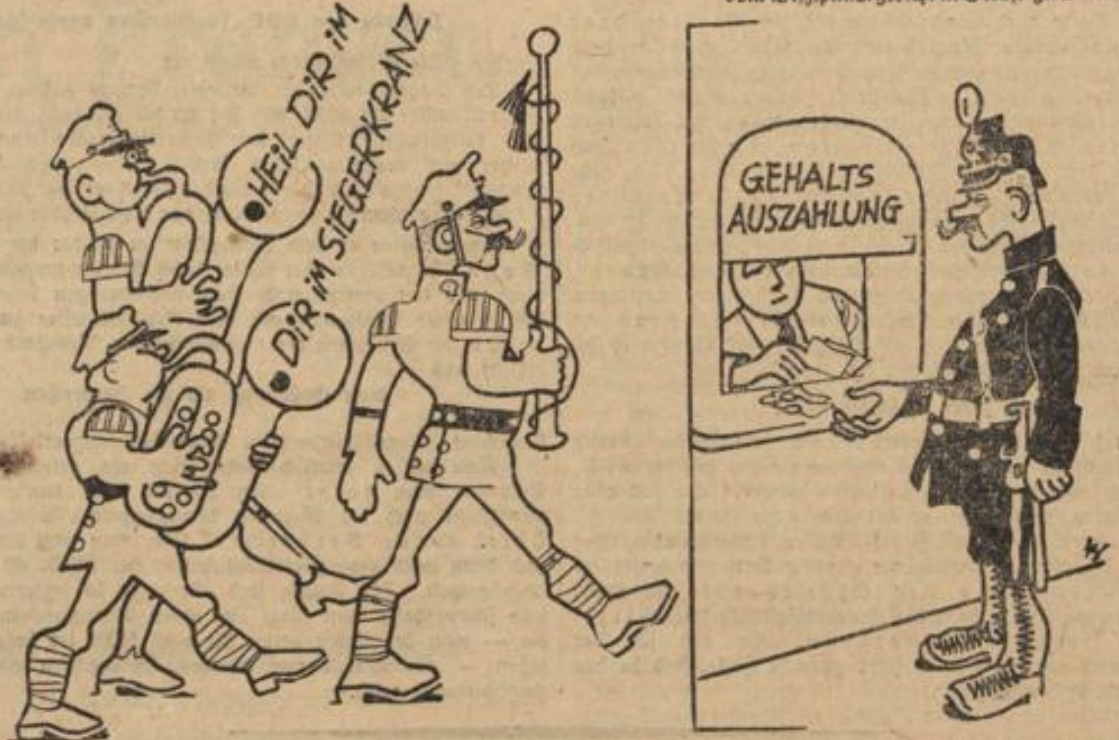
Konferenzfriede in London.

London, 16. Januar. (Eigenbericht.)

Zu der am Montag togenden großen Plenarsitzung der englisch-indischen Konferenz ist von dem geschäftsführenden Ausschuss eine Entschließung vorgelegt worden, in der der in den Kommissionen ausgearbeitete Verfassungsentwurf für Indien grundsätzlich und in seinen Hauptpunkten als geeignete Grundlage für die künftige Selbstverwaltung Indiens begrüßt und bejaht wird.

Der Tambourmajor.

Ein Schupowachmeister, der beim Stahlhelm als Tambourmajor mitmischte, wurde vom Disziplinargericht in Strafe genommen.



„Heil dir im Siegerkranz!“ / Zahlt mein Gehalt nur ganz / Die Republik.

Die Regierung der Schande.

Emile Vandervelde: Anklage wegen Brest-Litowsk.

Die Frage der Minderheiten in Polen steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundrates. Diejenigen, die diese Frage vor den Völkerbund gebracht haben, haben Tatsachen dargelegt, die der internationalen Öffentlichkeit schon seit langem bekannt sind, über die man jedenfalls sagen kann, daß sie eine Regierung mit schwerer Verantwortung belasten, die das polnische Volk nicht verdient hat, die es sich nicht selbst bestimmt hat, die im Gegenteil durch eine Reihe von Gewalttätigkeiten der Mehrheit des Volkes aufgebrängt worden ist.

Sonderbar wird es in diesem Fall sein, dem die schwere Aufgabe zufällt, die Verhandlungen zu leiten. Und er wird sich gewiß sagen, daß wenn er noch der Internationale präsidieren würde, und wenn die gleiche Frage in der Exekutive der Internationale zu behandeln wäre, er es nicht mit entgegengesetzten nationalen Standpunkten zu tun hätte, sondern daß eine Uebereinstimmung der Sozialisten, der Sozialisten Polens ebenso wie der Deutschlands, Russlands und Oesterreichs darüber bestehen würde, daß diese Frage im Sinne

elementarer Gerechtigkeit und ihren gemeinsamen Prinzipien entsprechend zu lösen ist.

Aber es ist nicht nur die Frage der Rechte der Minderheiten, um die es sich gegenwärtig in Polen handelt, und die der Rat nicht ohne sich selbst eine moralische Niederlage zuzufügen, umgehen wird können, es ist die Frage der Rechte der Mehrheit, der Rechte und der Freiheit des ganzen Volkes, das sich nicht aus fremder Knechtschaft befreit hat, um unter die Faust einer politischen und militärischen Clique zu geraten, die sich vereint hat, um es im Dienste der niedrigen Interessen, der Mut und Rachsucht eines Größenwahnsinnigen, der alles zerstört, was er selbst mitgeschafft, auszunutzen.

Es war nach meiner Rückkehr aus China, daß ich vernommen habe, was sich am Vorabend der Novemberwahlen in Polen ereignet hat, und daß ich von diesem Dokument der schwersten Anklage — vom Texte der Interpellation erfahren habe, die in der Institution, die als Rest vom polnischen Sejm zurückgeblieben ist, vom Bod der oppositionellen Parteien eingebracht worden ist.

Die Geschichte der gegenwärtigen Diktaturen enthält blutigere Seiten, aber sie enthält — ich wage es zu behaupten — keine schmähtlicheren.

Anderer lösten Parlamente gewaltsam auf, jagten mit Bajonetten die Vertreter des Volkes fort, liefernten ihre besiegten Gegner, deren Einfluß sie fürchteten, Mörderbanden aus. Einer Regierung, die es noch wagt, in Genf als Vertreterin eines freien Volkes zu erscheinen, ist es vorbehalten geblieben,

den niedrigsten, den heuchlerischsten und verabscheuungswürdigsten — das drückt mein Empfinden ganz aus — Anschlag, den Europa seit Jahrhunderten erlebt hat, gegen Personen und Institutionen einer Demokratie, zu verüben.

Als der Abgeordnete Czapinski am 16. Dezember 1930 die Interpellation eingebracht hat, hat dieser einzigartige Sejm, die Kumpfoberammlung, die dazu dient, die Diktatur zu deden, vergeblich versucht, alles zu vertuschen. In Paris, London, Brüssel, ebenso wie in Wien und Berlin, in den parlamentarischen ebenso wie in den gewerkschaftlichen Kreisen, haben die Nachrichten über Brest-Litowsk einen einmütigen Schrei der Entrüstung und der Empörung ausgelöst. Aber es ist nicht genug, daß man weiß, daß um die Gegner zu vernichten, um die Stimme der Minderheiten zu ersticken, um den geschehlichen Willen des Volkes zu fälschen, die Regierung, die Herr Jozefski in Genf vertritt, unter unwahren Vorwänden Listen der Opposition, die eines Erfolges sicher waren, beiseite hat, z. B. die von Dajzynski in Krakau — daß sie alle Führer der oppositionellen Parteien wahllos in ein einschliches Gefängnis geworfen und sie dort ihren Gendarmen und Polizisten ausgeliefert hat, daß neben Hunderten von weniger bekannten Kämpfern, darunter Männer waren, die gestern noch die verantwortungsvollsten Funktionen im Staate ausgeübt haben. Es ist notwendig auf die Einzelheiten einzugehen, es sind die Tatsachen selbst, die man wissen muß, um zu erkennen, welcher

Erzesse der Brutalität und der sadistischen Scheinheiligkeit

sich die Vollstrecker des großen Werkes des Marschall Pilsudski nicht schämen auszuüben, um ihre Ziele zu erreichen. Ueber diese Vorgänge, die man zu Recht die Schrecken von Brest-Litowsk nennt, gibt es Dokumente im Ueberfluß, und die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat die Pflicht, sie zu veröffentlichen. Man muß nur den

Text der Interpellation an den Sejm, die authentischen Nachrichten, die von Joseph Sage für den Brüsseler „Peuple“ gesammelt wurden, das tapfere und ergreifende Protestschreiben der 46 Professoren der Krakauer Universität, die Berichte Locquins, des Vorsitzenden des französisch-polnischen Komitees, der sich während der Wahlen in Polen aufhielt, lesen und nochmals lesen: alle stimmen überein, alle bringen Einzelheiten, die keinerlei Zweifel an der Wahrheit der Tatsachen zulassen. Es steht fest, daß auf Veranordnung des Marschalls Pilsudski 88 Abgeordnete des letzten Sejm unter nichtigen Vorwänden einige Wochen vor den Wahlen verhaftet worden sind, daß 20 von ihnen, unter denen sich Männer wie Liebermann, Baricki, Abgeordneter und Vorsitzender der polnischen Sozialistischen Partei, Wikos, Führer der Bauernpartei, gewesener Premierminister, Korfanin, christlicher Demokrat, einer der Führer im Kampfe für die Unabhängigkeit Polens, Domski, Vertreter Polens im Verfaßten, befanden, im Militärgefängnis von Brest-Litowsk widerrechtlich eingekerkert worden sind, wo sie zwei Monate zubringen mußten und wo sie während dieser Zeit den verschiedenartigsten Qualen ausgelegt wurden, wo sie

geschlagen, gepeinigt, mit den Füßen geklopfen, mit dem Tode bedroht wurden, wo sie gezwungen wurden, Worte zu reinigen, die größten Arbeiten zu verrichten, unsaubere Sachen zu essen, um nicht zu verhungern, wo sie von brutalen Aufsehern gemartert wurden.

deren niedrigsten Instinkte der Rohheit und Grausamkeit stets mit raffiniertem Sadismus durch ihre höheren Vorgesetzten, die auf Befehl handelten, aufgepeitscht wurden. Unmittelbar nach den Wahlen, nachdem der Zweck erreicht war und nachdem sich von allen Seiten Proteste erhoben, die nicht außer acht zu lassen waren, hat sich die Regierung der Diktatur entschlossen, die Gefängnisse zu öffnen und die Mehrzahl der Eingesperrten freizugeben. Aber sie hat sich doch noch vorbehalten, sie vor irgendein politisches Gericht zu zittern, wo ein Versuch gemacht werden soll, schließlich, wenn nicht das verbrecherische Verfahren, so doch wenigstens die statutenmäßigen Verhaftungen zu rechtfertigen. Es ist deshalb notwendig, die Bemühungen, die Wahrheit, die volle Wahrheit, bekanntzumachen, unablässig und unabwieslich fortzusetzen. In dem offenen Brief, den die Krakauer Professoren den Rat hatten an ihren Kollegen, den Professor der Nationalökonomie und Abgeordneten des gegenwärtigen Sejm, Krz y m a n o w s k i, zu richten, heißt es:

„Viele Ereignisse der letzten Jahre erschütterten nach unserer tiefsten Ueberzeugung die moralischen Grundlagen des sozialen und politischen Lebens Polens,

bedrohen dadurch die Entwicklung und in weiterer Folge auch den Bestand des polnischen Reiches. In dem Reigen dieser Ereignisse ist die Angelagenheit von Brest die bedrohlichste. Der Vorfall Brest kann nicht durch das Schmeigen der denkenden gesellschaftlichen Schichten sanktioniert werden.“ Es kann auch nicht sanktioniert werden durch das Schweigen derjenigen, die die Auferstehung Polens als einen Sieg des Rechtes begrüßt haben und die nicht aufgehört haben, für dieses Land die Gefühle der tiefsten und aufrichtigsten Sympathie zu hegen. Vielleicht können andere versuchen, aus diesen beklagenswerten Vorgängen einen politischen Gewinn für ihre Sonderziele zu ziehen. In einem ganz anderen Sinn haben sich aber die Sozialistische Partei Polens und die deutsche Sozialistische Partei in Polen zu einem gemeinsamen Protest geeinigt, dem sich im gleichen Sinne der Unterzeichnete im Namen der Internationale anschließt.

Kommunistische Kinderei.

Kraus in der Wuppertaler Stadtverordnetenversammlung.

Wuppertal, 16. Januar.

In der Wuppertaler Stadtverordnetenversammlung, die sich heute in einer erregten Sitzung mit der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars befaßte, kam es zu einem Zwischenfall, der den Ausschluß eines Stadtverordneten für die gesamte Sitzungsperiode zur Folge hatte. Als ein kommunistischer Redner zum Steuerfreibrief aufstand, ging ein anderer kommunistischer Abgeordneter zur Tribüne und legte dem Vorsitzenden, Beigeordneten Reigen, einen alten Feuerwehrlärm auf den Kopf. Der Vorsitzende verfügte die Ausschließung des Kommunisten für die ganze Sitzungsperiode. Er wurde, da er den Saal nicht freiwillig verließ, mit Hilfe von Polizei entzerrt.

Hakenkreuz am Pranger.

Polizei klärt Blutaten auf und widerlegt die Hetzer.

Es ist der Berliner Polizei zu danken, daß es ihr nach mühevoller Arbeit gelungen ist, mehrere Blutaten aufzuklären, die von dem Blatt des Herrn Goebels unter Aufsicht der Hugenbergblätter „roten Mordbuben“ in die Schuhe geschoben wurden. Eine verabscheuungswürdige Mordhege ist durch diese Feststellungen endgültig zu Fall gebracht worden.

Sensationell wirkt die Aufklärung der seltsamen Schießerei, die sich, wie an dieser Stelle berichtet wurde, in den Nachmittagsstunden des 2. Januar im Hause Am Lügow 16a in Charlottenburg abspielte. Im Parterre des Seitenflügels wohnt dort die Familie Krüger. Die 18jährige Tochter Erna war mit dem 22jährigen Neubert aus der Wallstraße 41 befreundet. An jenem Tage wollten die jungen Leute allein in der Küche der Wohnung. Plötzlich sah, so wurde von dem jungen Mann bei seiner späteren polizeilichen Vernehmung erzählt, ein Mann hereingestürzt und habe einen Schuß abgefeuert. Das Mädchen wurde von der Kugel in den Oberarm getroffen, der Schuß habe aber offensichtlich ihm gegolten, da er Mitglied der Nationalsozialistischen Partei sei. Da sowohl Neubert wie auch die Angeschossene im Krankenhaus bei ihrer Vernehmung bei dieser Darstellung blieben, und beide sogar eine Beschreibung des Täters gaben, nahm die politische Polizei die Nachforschungen auf und verhörtc eine Reihe verdächtiger Personen. Kommunisten, die in der Nähe wohnten, wurden denunziert, allerdings mit dem Erfolg, daß auch nicht einmal der Schein eines Verdachtes an den Beschuldigten hängen blieb. Jetzt, nach ziemlich zwei Wochen, findet der Fall eine überraschende Aufklärung.

Der Schütze war nämlich Neubert selber, der nach der Tat, zusammen mit der Mutter des Mädchens, die Waffe in der Wohnung versteckt und das Mädchen von dem Ueberfall erzählte, um sich seiner Verantwortung zu entziehen.

Die Pistole ist bei einer nochmaligen Durchsicherung der Wohnung gefunden worden. Der Hakenkreuzler und die Mutter des Mädchens, die bei der Befestigung der Waffe mitgeholfen hat, haben inzwischen auch ein Geständnis abgelegt. Ob der Bursche in einem Eiferwutausbruch auf das Mädchen geschossen hat, oder ob er beim unvorsichtigen Hantieren dem Abzug zu nahe gekommen ist, wobei sich ein Schuß löste, muß noch festgestellt werden.

Der zweite Fall, an den die reaktionäre Presse, an ihrer Spitze das Berliner Hakenkreuzblatt, eine infame Mordhege knüpfte, betrifft den Tod des 24jährigen Bäckerlehrlings und SA-Mannes Hellmuth Ganzert aus der Herschelstraße 4a in Charlottenburg. Er wurde im Bett tot aufgefunden. Er hatte sich selber eine Kugel in den Mund geschossen. Gleich der erste Befund ließ

auf Selbstmord schließen, und die später erfolgte Section bestätigte diese Annahme. Trotz dieses Untersuchungsergebnisses wurden die Kommunisten weiter beschuldigt, Ganzert in der Wohnung überfallen und erschossen zu haben. In wochenlangen Nachforschungen ist es auch hier der Polizei gelungen, den Tod des Bäckerlehrlings jetzt einwandfrei als Selbstmord aufzuklären.

Auch der angebliche Ueberfall auf den 21jährigen Reichswehrsoldaten Werner Löwe vom 9. Infanterieregiment ist durch die Polizei restlos aufgeklärt worden. Nach einem Geständnis des jungen Soldaten ist er überhaupt nicht überfallen worden. Löwe hat sich den Schuß, durch den der Oberarm zerschmettert wurde, selbst beigebracht. Ueber die Gründe, die Löwe zu der Selbstverstümmelung getrieben haben, ist die Untersuchung noch im Gange.

Man darf gespannt sein, wie die Verleumder diese Feststellungen aufnehmen werden.

Raubüberfall im Lohnbüro.

Zwei maskierte erbeuten 1500 Mark.

In das Lohnbüro des Eschweilers Bergwerkvereins in der Naumannstraße 81 in Schöneberg drangen gestern kurz nach 17 Uhr zwei maskierte Männer mit vorgehaltenen Pistolen ein und raubten 1500 M. Lohngehälter. Die Täter entkamen in der Dunkelheit.

Der Lagerplatz des Eschweilers Bergwerkvereins liegt in der Nähe des Bahngeländes in der sehr ruhigen Naumannstraße. In einem Holzhäuschen befinden sich die Büroräume, in dem heute nachmittags drei Angestellte mit dem Fertigmachen der Lohnlütten beschäftigt waren. Plötzlich wurde die Tür aufgerissen und zwei Männer, die ihre Gesichter durch Masken unkenntlich gemacht hatten, stürzten herein. Die Räuber forderten die Anwesenden mit vorgehaltenen Pistolen auf, die Hände hochzuheben und sich nicht vom Platz zu rühren. Während der eine den Ausgang besetzt hielt, ging der zweite Täter auf den Hahntisch zu, raffte in aller Eile die dort liegenden Lohnlütten zusammen und flüchtete. Trotz der sofort eingeleiteten Verfolgung gelang es den Räubern, das Bahngelände zu erreichen, wo ihre Spur verlorenging.

Es wird vermutet, daß die Täter noch ein oder zwei Komplizen hatten und in einem in der Nähe wartenden Auto geflüchtet sind. Es muß sich um Männer handeln, die mit den Verhafteten und den Geplagten am Tage der Löhnung genau vertraut waren. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Die umgebaute Lindenpassage.

Oben Hakenkreuz, unten Davidstern.

Seltames Bild, wenn sich gleichsam über Nacht das Gesicht einer Straße verwandelt. Wenn aus weggeputzten Altersrunzeln plötzlich der Atem der Jugend zu wehen scheint. — So ist es mit der „Lindenpassage“ geschehen, die bis vor kurzem so etwas wie die Schreckenstammer des „alten Reichs“ gewesen ist.

Jetzt hat man die Passage radikal erneuert. Aus dem alten, kahlhüchigen, verkniffenen Tunnel, der immer im Halbdunkel lag, ist eine moderne einladende Halle geworden. . . Doch die Ruinen der Vergangenheit vegetieren weiter und jetzt, wo Gegenwart und Verflissenes im engen Raum hart aufeinanderstoßen, fühlt man diesen seltsamen Querschnitt durch zwei Epochen besonders eindringlich. —

Born ist ein Café, mit Musik und Getränkesteuer, kurz, mit allen Symptomen des 20. Jahrhunderts. Zehn Meter weiter aber liegt das uralte „Panorama“, von dem ein restlos vergilbtes Plakat zu erzählen weiß, daß „eine Weltreise für ein Kind“ fünf Pfennige, für einen Erwachsenen 15 Pfennige kostet. Dem „Panorama“ gegenüber befindet sich die „Große hygienische Ausstellung vom Keim bis zur Geburt“, wo man für „50 Pfennige Einlaß ohne Nachzahlung“ 280 plastische Wachsmodelle, 280 Schaubjekte und präparierte Tafeln genießen kann. Aber das schönste sind doch die Berliner Panoramabilder mit Chromomaterie und echter Perlmuttereinlage, an denen sich unsere Großeltern so reich haben sollen. Und, um das Sprunghafte dieser an Wundern so reichen Passage besonders zu betonen, finden sich, zehn Meter weiter, die „Passage-Bierhallen“, in denen sich Hitlers hoffnungsvolle SA auf Judenpogrome trainiert. Der feuchtsüßliche völlige Rummel steigt im ersten Stock. Im

Parterre desselben Hauses aber befinden sich die Gaststuben eines streng tschechen Restaurants, in dem ganz fromme Juden einwandfrei rituell zu Mittag essen können.

Der Geschichtsschreiber des Berlins unserer Tage wird an der Passage zwischen den Linden und der Friedrichstraße nicht ohne längere Pause vorbeigehen können.

Tragödie eines Betrogenen.

Bauernfänger zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte spielte gestern der erste Teil des Gerichtsromans „Schnitter Trella“. Nach langen Jahren voll Mühe und Entbehrungen hatte Trella gemeinsam mit seiner Braut Franziska 1200 M. erspart. Eben war er im Begriff, in seine Heimat zurückzukehren, um dort zu heiraten, als er Bauernfängern in die Hände fiel, die ihn um sein ganzes Geld brachten. Aus Verzweiflung beschloß er, aus dem Leben zu gehen und Franziska mitzunehmen. Als diese sich weigerte, zerschmetterte er ihr in Erregung den Schädel. Ehe er sich selbst das Leben nehmen konnte, wurde er verhaftet.

Auf der Anklagebank saßen die beiden Bauernfänger Gudanowski und Kuczinski; der dritte Komplize Jedlinski ist flüchtig. Die Angeklagten leugneten, die Täter zu sein; Jedlinski allein sei an allem schuld. Gudanowski mußte aber zugeben, 300 M. erhalten zu haben. Und als er am Tage nach der Tat an seinen Komplizen Jedlinski das Geld beim Kartenspiel verlor und ihm aus Mangel drohte, die Sache der Polizei zu verraten, brachte ihn dieser einen Messerstich bei; eine tiefe Narbe schmückt noch heute seine Wange. Der Schnitter Trella wurde aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Der 46jährige Mann schilderte fast mit epischer Ruhe, wie ihn die beiden Gauner um die Früchte seiner jahrelangen Arbeit gebracht haben und wie er, von Verzweiflung übermannt, seine Braut erschlagen hat. Hier mußte er weinen. Der Staatsanwalt fand nicht Worte genug, um das Verbrechen der Angeklagten zu geißeln; Gudanowski ist übrigens bereits für einen ähnlichen Betrug verurteilt. „Es gibt nichts Gemeineres“, sagte der Staatsanwalt, „als einen Menschen um seine ganze Habe zu bringen.“ Die Schuld an dem Tod der Franziska wollte er den beiden nicht zuschieben. Er beantragte gegen Gudanowski ein- einhalb Jahre, gegen Kuczinski ein Jahr Gefängnis.

Das Gericht ging darüber hinaus. Es verurteilte den ersten zu drei Jahren, den letzteren zu zwei Jahren Gefängnis und sprach außerdem beiden die bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre ab. Die Angeklagten, hieß u. a. in der Urteilsbegründung, hätten sich sagen sollen, was für Folgen ihre Tat für ihren temperamentoollen Landsmann haben könnte. So trifft sie die Schuld an dem Tod der Franziska. Sie haben nicht nur ein, sondern zwei Menschenleben vernichtet. Denn auch Trella wird sich kaum je von dem Schlag, der ihn getroffen, wieder ganz erholen.

Der unglückliche Schnitter harret noch des Prozesses wegen des Totschlages an seiner Braut. Er dürfte milde Richter finden. . .

Raubüberfall nach vier Monaten aufgeklärt.

Nach vier Monaten ist es der Kriminalpolizei gelungen, den räuberischen Ueberfall auf die Filialeleiterin der Buttergroßhandlung Ruch in der Pannierstraße 16 in Neukölln aufzuklären. Wie damals berichtet, wurde die Angestellte am 4. Oktober im Hausflur niedergeschlagen und ihrer Aktentasche mit 1200 M. beraubt. Die Täter flüchteten, sprangen in ein Auto und entkamen. Vier Männer, die an diesem Ueberfall beteiligt waren, sind in den letzten Tagen festgenommen worden. Einer der Täter, ein gewisser Max F., ist geständig, die drei anderen, darunter der Chauffeur der Autodroschke, streiten die Tat noch ab. Sie sind durch die polizeilichen Feststellungen jedoch so gut wie überführt. Das vierblättrige Kleblatt wird dem Richter vorgeführt werden.

W. Seemann & Wöhrl
Unternehmer..

Die Scheidelinie war klar gezogen: Ludwig Eifermann, Unternehmer in Möbeln, gehörte zu der dünnen Schicht jener, die beinahe zwangsläufig von jeder Phase der Inflation profitierten, die Schar seiner Angestellten und Arbeiter aber zu der großen Masse jener, die beinahe ebenso zwangsläufig an jeder Phase der Inflation verloren.

Während sie oft drei Wochen und noch länger schufteten, um ihre Altkordreihen zu vollenden, in der Hoffnung natürlich, recht viel Geld für ihre Arbeiten zu erhalten, kam es oft soweit, daß sie sich für die ausgezahlten Millionen von Papiermark nur noch anderthalb Pfund Margarine kaufen konnten. Der Verrechnungsmodus narrie sie, ebenso die hohe Summe des Endverdienstes.

Schließlich stellten sie fast täglich neue Forderungen an Ludwig, die er jederzeit erfüllte. Aber trotz allen Nachzahlungen konnten sie kaum bestehen, während Ludwig trotz jeder Bewilligung die Gelder nur so zuschöpfend dank seiner genialen damaligen Abmachung mit Himmelsbach, nur zum Kurse des Abnahmestages zu liefern.

Er war gar nicht mehr imstande, all die Summen zu errechnen, die täglich einliefen. Aber er raffte sie zusammen, um sie so rasch wie möglich in Sachwerten anzulegen.

Seine Arbeiter durchlebten Wochen des Hungers, Ludwig die von Angstzuständen. Mit aller seiner Energie und der ihm eigenen Hartnäckigkeit grubelste er Tag und Nacht nach neuen Anlagemöglichkeiten.

Er kaufte an Material zusammen, was er nur erlangen konnte.

Er mietete neue Räume und Lagerduppen, um Holz und Journiere zu lagern.

Er schaffte sich einen hochfeudalen Maybachwagen an und erfüllte so den Herzenswunsch seiner Frau, die sich schon längst ein eigenes Auto gewünscht hatte.

Er jagte Dollarscheinen nach, die immer knapper wurden, und freute sich wie ein Kind, wenn er ein paar englische Pfunde oder hundert Schweizer Franken erwischte. Dann

hob sich seine Laune und Familien- und Bertangehörige konnten sich für ein paar Stunden seines lebenswürdigen Wesens erfreuen.

Er kaufte drei Häuser, die in der Nähe der Frankfurter Allee lagen.

Er riß den ganzen Gebäudekomplex an sich, in dem er seine Fabrik hatte. Die Eigentümerin, eine Fabrikantenwitwe, ließ sich von den riesigen Summen, die er bot, betören und zog nach Thüringen auf ein Landgut. Ludwigs fromme Wünsche begleiteten sie.

Er übernahm die Wohnung der Fortziehenden, sechs elegante Räume und stattete sie vollkommen neu aus.

Er richtete Franz und Isha je ein Zimmer ganz nach ihrem Geschmack ein.

Er verschaffte sich Aktien von Großunternehmungen. Er beutelte sich bis zur letzten Markmillion aus, um den größten Anteil einer Metallwarenfabrik irgendwo in der Provinz zu ergattern.

Er änderte seinen ganzen Lebensstil. Die Fabrik war ihm sozusagen nebensächlich geworden. Sie lief jetzt allein, beinahe automatisch, und brauchte keine stündliche Betreuung nicht mehr.

Nur noch kurze Zeit verweilte er täglich im Betrieb. Um elf Uhr vormittags erschien er zur Visite, ließ die Säle durch und ließ sich von Sandow Bericht erstatten, falls etwas Wichtiges vorlag. Dann fuhr er meistens nach Hause, um an dem Leben seiner Frau teilzunehmen.

Maria war von dem Augenblick an, wo sie das Geld mit vollen Händen unter die Leute bringen konnte, „Dame“ geworden, so wie sie es sich einst in ihren Jungmädchenträumen vorgestellt hatte.

Das erste war, daß sie ihren Namen änderte. „Maria“ klang ihr zu gewöhnlich; jedes Abwaschmädchen hieß so. Darum kaufte sie ihren Vornamen in „Mia“ um.

Mia klang feiner, Vornehm. Beinahe hochherrschaftlich. Dem neuen Namen entsprach auch das neue Benehmen. Mia kaufte ein, was ihr in die Augen fiel, mochte es auch der größte Plunder sein.

Sie kleidete sich ein wie eine typische Neureiche, raste mit dem Auto die großen Kaufhäuser ab, bestellte wahllos Berge von Waren, die sie dann zu Hause in die Schränke stopfte.

Ihre Mutter schüttelte den Kopf und sagte: „Ich verstehe das nicht. Ich habe doch das Mädel in einem soliden Sinne erzogen.“

Ludwig sagte nichts, trotzdem er ein sah, daß in ihrer Kaufwut Wahnsinn lag. Er ließ sie gewähren. Im Grunde war es ja vollkommen egal, wozu die bunten Massendruckfaden der Reichsdruckerei verwendet wurden. Seine Arbeiter hatten in einem Anfall von Galgenhumor sämtliche Aborttüren tapeziert. Mochte Mia damit die Kassen der Kaufhäuser füllen, wenn es ihr nur Freude machte!

Und es machte ihr Freude!

In ihrem Benehmen Ludwig gegenüber war sie wie umgewandelt, die Zuorkommenheit und Lebenswürdigkeit selber.

Sie schwärmte geradezu von ihm. Sie nannte ihn einen „überaus tüchtigen Mann“ und einen Wundermenschen, wie es keinen zweiten mehr gäbe.

Sie blühte ordentlich auf im Papiermarkregen, fühlte sich wie neugeboren und ließ kein Mittel unverucht, ihrem Gatten zu gefallen. Sogar das längst vergessene Mona Lisa-Lächeln wurde wieder kultiviert und tat auf Ludwig prompt seine Wirkung.

Mann und Frau kamen einander näher. Die langen Jahre des Richterstehens, des öden Nebeneinanderhertrotzens schienen ausgelöscht zu sein.

Ein zweites Mal erlebten die beiden eine Zeit der Liebe, die ihnen nur kurz im ersten Ehejahr beschieden gewesen war. Jetzt, nicht mehr der Gehekte und Sklave seines Werks, jeder größeren materiellen Sorge enthoben, schwimmend in Wohlstand und Ueberfluß, war Ludwig der zuorkommende Ehemann, der die Wünsche seiner Frau erfüllte, wie ein Jüngling diejenigen seiner Geliebten.

Mia, mit jeder Faßer Weib, tappte in Traum und Glück.

Indessen schuftete man in Ludwigs Betrieb mit Hochdampf.

Das System lief wie am Schnürchen.

In manchen Abteilungen mußte mit Doppellichtern gearbeitet werden; in der Trockenkammer sogar Tag und Nacht.

Himmelsbach konnte nicht genug Waren nach dem wieder geöffneten Loch im Westen schaffen.

Ludwig schonte seine Lieferwagen; dem Himmelsbachs Kollfuhwerke standen schon in aller Herrgottsfrühe auf dem Fabrikhof.

Raum fertig, wurden die noch feuchten Möbel von den Padern den Beizern aus den Händen gerissen, verladen und sofort zum Güterbahnhof gefahren. (Fortsetzung folgt.)

Etwas vom Autobus.

Die Millionenstadt Berlin bedarf eines immer ausgehenderen und komplizierteren Verkehrsnetzes, um den Ansprüchen des Massenverkehrs gerecht zu werden.

Im Rahmen des gesamten Nahverkehrs erlangen die Autobusverbindungen vor allen Dingen hinsichtlich der Frage der Verkehrsbedienbarkeit in den Außenbezirken erhöhte Bedeutung, da es ihre Aufgabe ist, die an der Peripherie der Reichsstadtläche gelegenen Wohngebiete oder Industriezentren wirtschaftlich und verkehrlich mit den übrigen Teilen der Reichshauptstadt zu vereinen oder Ortsteile, die bisher vollständig isoliert waren, an das Berliner Verkehrsnetz anzuschließen. Auch überall da, wo Straßenneubauten oder Verlängerungen bestehender Linien aus Mangel an Mitteln vorläufig zurückgestellt werden mußten, stellt der Autobus den Betrieb her und erzieht fehlende Verkehrsbeziehungen. In Verfolg dieser Politik sind im Verlaufe der letzten Jahre von der städtischen Verkehrsverwaltung eine ganze Reihe von Autobusverbindungen eingerichtet worden.

Hinsichtlich der Betriebslänge der bestehenden Autobuslinien vor nach dem Stande vom Oktober des vergangenen Jahres die Autobusverbindung T, die bekanntlich an der Turmstraße Ecke Goltzowskystraße über Dahlem-Dorf nach Teltow verkehrt, mit einer Streckenlänge von 18,25 Kilometer die längste Autobusverbindung Berlins. Nur wenig kürzer sind die von den Autobussen Nr. 20 (Bahnhof Westend—Zehlendorf—Mitte—Kathaus) und Nr. 29 (Pantow, Breitenstraße—Neutölln, Hermannsplatz) zurückgelegten Strecken mit 14,5 bzw. 14,4 Kilometer. Auch die von Spandau ausgehende Linie A 34, die über Sotow nach Kladow führt, kann sich getrost mit 14,5 Kilometer Länge im Wettbewerb zeigen. Ueberhaupt hat ein sehr großer Prozentsatz der Berliner Autobusverbindungen eine Betriebslänge von mehr als 10 Kilometer aufzuweisen. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung sehr interessant, daß in der Heimatstadt der Autobusse — in London, wo nach den neuesten Meldungen auf 512 Autobuslinien über 5200 Autobusse verkehren, die jährlich etwa 315 Millionen Wagenkilometer zurücklegen (gegenüber 40 Millionen in Berlin), mehr als die Hälfte der Fahrkilometer nicht weiter als eine Meile (1,61 Kilometer) fahren. Nach dem geltenden Tarif beträgt der Fahrpreis bei dieser Entfernung einen Penny (2,5 Pf.). Mit zunehmender Streckenlänge steigen aber die Beförderungskosten nach dem in London geltenden Tarif progressiv bis zu einem Schilling, also rund einer Mark! Da scheinen wir Berliner mit unserem 25-Pennig-Tarif doch besser daran zu sein!

Der falsche Hauswirt.

Wie eine Gaunerbande in Neutölln Mieten einlassierte.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Neutölln fand das gemeingefährliche Treiben der Gaunerbande sein Nachspiel, die im Herbst vorigen Jahres in raffiniertester Weise Wohnungsmieten einlassierten ließ. Angeklagt war zwar nur ein Mitglied der Bande, der 40jährige Reisende Arthur Jaenke, während die übrigen bisher noch nicht gefaßt werden konnten.

Jaenke ist bereits vierzehnmal vorbestraft und hat fast zwanzig Jahre hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern zugebracht. Die Anklage lautete auf fortgesetzte Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug. Nach den Angaben des Angeklagten lernte er im vorigen Jahr in der Ringstraße den „großen Unbekannten“ kennen, von dem er nur wisse, daß er Leo heiße. Leo habe ihn vorgeschlagen, ihm bei der Einziehung von Mieten in einigen Häusern behilflich zu sein, die er genau kenne. Ihnen beiden schlossen sich noch eine „unbekannte Frau“ und ein ebenfalls unbekannt gebliebener Mann an, die nun auf das raffinierteste vorgehen, um am ersten jeden Monats unbedeutendweise Mieten zu kassieren. Bis in die kleinsten Einzelheiten trafen sie ihre Vorbereitungen, um ganz sicher zu gehen und keinen Argwohn zu erregen. So fertigten sie Briefe und Postkarten an, auf denen den Mietern und dem Portier, der gewöhnlich die Mieten einzog, mitgeteilt wurde, daß das betreffende Haus verkauft worden sei und der neue Eigentümer, meistens ein angeblicher Bauvat, bereits selbst die Mieten einzuziehen werde. In der Flughafensstraße in Neutölln fielen freilich nur wenige Mieter auf den Betrug herein. Den größten Coup machte die Bande jedoch in der Thomassstraße. Hier erschienen am Vormittag kurz vor Ende des Monats der Angeklagte und sein Komplize Leo, stellten sich dem Portier als zukünftige Hauseigentümer vor und ließen sich auch gleichzeitig mit allen Mietern bekannt machen. Kurz danach trafen Rohrpostkarten ein, die angeblich von dem wahren Hauseigentümer herrührten, und in denen der vollzogene Verkauf des Hauses angekündigt wurde. Sämtliche Mieter ahnten nichts von dem Betrug und zahlten die Mieten an die Gauner. In allen Fällen wurde dem Hauseigentümer mitgeteilt, daß man ihm wegen des Kaufes seines Hauses einen Bescheid zu einer bestimmten Zeit machen werde, um so bei dem Einziehen der Mieten nicht von ihm überrascht zu werden. Inzwischen war auf Grund von Zeitungsnachrichten dieses Treibens aber zu gefährlich geworden, so daß keiner der Betrüger selbst mehr den Mut fand, die Mieten einzulassieren. In einem Hause, wo durch Postkarten und Besuche alle Vorbereitungen getroffen waren, erschienen die Betrüger denn auch nicht selbst, sondern vertielen auf die Idee, sich in einem Lokal einen Erwerblosen zu engagieren, der mit einer Vollmacht ausgerüstet, vom Portier die eingezogenen Mieten abholen sollte. In der Gneisenaustraße ließ der argwöhnische Portier diesen Boten, der von dem Betrug keine Ahnung hatte, festnehmen. Als das herbeigerufene Ueberfallkommando in dem Lokal erschien, war Leo, der angeblich das Haupt der Bande bildete, aber rechtzeitig geflohen.

In der gestrigen Verhandlung war der Angeklagte geständig. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Die von dem Verteidiger, Rechtsanwalt Babeudreper, angeführte Notlage von Jaenke ließ das Gericht zwar als Milderungsgrund gelten, erkannte aber auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Tornis-Prozess vor dem Ende.

Im Tornis-Prozess Nr. 3 ist gestern die Beweisaufnahme abgeschlossen worden. Die Plädoyers können beginnen. Dienstag spricht der erste Staatsanwalt Köhler und der Nebenkläger Justizrat Dr. Löwenstein.

Die Gesellschaft der Freunde der „Sozialistischen Monatshefte“ veranstaltet ihre „Freinacht“ (den sogenannten Sozialistenball) am Sonnabend, dem 31. Januar, im Brädervereinshaus, Kurfürstent. 115. Der Kartenvorverkauf ab 15. Januar von 16 bis 19 Uhr, Umlandstr. 169/170, pt. rechts, Bismarck 9576.

Der nächste Abend des Klubs der Deutschen Presse (am Dienstag, dem 20. Januar) wird durch einen musikalischen Teil eingeleitet werden, zu dem die Herren Professor Emanuel Bergmann (Cello), der Bassist Emanuel Zeit (Euphonium) und der Pianist Wolfgang Kollé ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt haben. Nach dem Konzert findet ein gemeinsames Essen statt. Eingeladene Gäste sind willkommen.



Winterreise durch Berlin.

Bezirk Kreuzberg!

Vom Bezirksamt Kreuzberg könnte man mit Recht sagen, daß von ihm dasselbe gilt, wie von der besten Frau: je weniger von ihr gesprochen wird, desto höher steigt ihr Ansehen. Das hängt hier nun damit zusammen, daß der Bezirk ein alles festes Gefüge hat, das zu lockern oder zu erweitern nicht gut möglich ist. Das Gebiet wird von einer Linie umrissen, die vom Kreuzberg zur Anhalter Bahn, dann zum Potsdamer Platz, weiter im Südwest zur Kommandantenstraße, und auf dem linken Spreerfer bis an Treptow heran und von dort zur Hasenheide und zum Kreuzberg zurück geht, und auf dieser quergelagerten Fläche 1065 Hektar einschließt, von der über die Hälfte bebaut ist. Die starke Bevölkerung — auf das Hektar 363 Bewohner — ergibt nahezu 400 000 Köpfe, die in 6000 bebauten Grundstücken untergebracht sind. Von den 150 Straßen des Bezirks weisen viele einen lebhaften Geschäftsverkehr auf: in den Brennpunkten wie Halle'sches Tor, Kottbuser Tor, Schlesisches Tor herrscht stärkstes Gedränge, doch gibt es auch stille Straßen, mit bedeutendem merkantilem Einschlag, so die Ritterstraße, in ihren Häusern eine Residenzstadt im kleinen bergend. Eisenindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Bekleidungs-, Holzgewerbe und Buchdruckereien überwiegen. Es ist daher ein liebenswürdiger Zufall — wenn es einer ist —, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verein bei seiner Ueberführung von Stuttgart nach Berlin in der Alten Jakobstraße 145—155 sein jüngst eingeweihtes „eiserner Haus“ erbaute. Ein anderes Wahrzeichen des Bezirks ist das Kaufhaus Karstadt am Hermannsplatz. Engere Zusammenfassung der Bevölkerung liegt in der nach der Spreeseite gerichteten Bezirkshälfte vor — die eigentliche Kreuzbergpartie ist luftiger gestaltet und weist sogar noch „Wälder“ auf.

Wo der Bezirk an freies Gebiet stößt, hört seine Machtvollkommenheit auf. Damit scheiden zwei große Gebiete moderner kommunaler Tätigkeit aus: die Siedlung und ebenso die Umwandlung des Brachlandes in Grünflächen zur Erholung oder zu Sportzwecken. Für das zwischen Landwehrkanal und dem Kreuzberg liegende Gebiet war eine solche „Durchlüftung“ nicht notwendig — der Viktoriapark mit seinen groß und klein anziehenden Bewegungsmöglichkeiten, seinem Wasserfall, seinen

Sportflächen, seinem kleinen Tierpark — einer Ertrungsschicht der neuen Zeit — ist in der Gunst der Berliner fest verankert, und wohl die meisten Fremden pflegen den Anblick zu genießen, den der „Berliner Berggipfel“ darbietet. Aber in dem Spreeteil tat eine „Durchlüftung“ not, und der Gedanke, den von der Schiffahrt verlassenen Luisenstädtischen Kanal zuzuschütten, hat gewissermaßen eine Lösung nach dem Vorbild des Columbus-Eises dar. Man hat viel darüber geredet und geschrieben — der aus der Not der Zeit zu erklärende Stillstand der Arbeiten wurde von den gewerksmäßigen Rögglern weidlich ausgenutzt —, aber immerhin hat das fertige Stück den Charakter der es einrahmenden Straßen freundlicher gestaltet. Angesichts jener Angriffe dürfte die Frage wohl gestattet sein, ob der Värm sich verstärken oder abschwächen wird, wenn eines Tages das Projekt zur Frage steht, den ganzen — recht überflüssigen — Landwehrkanal zuzuschütten und eine wirkliche Prachtstraße für die Autos des reichen Westens zu schaffen?

Dieser Anknüpfung an politische Erwägungen ruft die Erinnerung an die politische Rolle wach, die der Bezirk in den Anfängen der Berliner Bewegung gespielt hat. Die erste große Massenversammlung zur Kenntnisnahme eines frohen Ereignisses und das erste große Zeichenbegängnis spielten sich auf dem Gebiet zwischen Kreuzberg und Spree ab. 1877 war es — am 10. Januar hatte die Partei die ersten zwei Berliner Reichstagsmitglieder erobert und das Zentralwahlkomitee hatte nach Livoli eingeladen. Aus dem „Börsen-Courier“, der diese Livoli-Fest, die Begeisterung und die völlige Abwesenheit jeglicher Unordnung schilderte, erfahren wir, daß die Polizei die Schär der Versammelten auf 22 000 Mann schätzte. August Heinrich präsidierte — ein Jahr später, am 7. März 1878, erlag er, erst 31 Jahre alt, einem Blutsurz. Seine Ueberführung zum freireligiösen Friedhof in der Pappelallee vom Mariannenplatz aus gestaltete sich zu einer Manifestation von größter Macht — der Aufzug vor dem Trauerhause nahm über eine Stunde in Anspruch. Auch eine 600 Personen zählende Schaar der Arbeiterfrauen Berlins war im Zuge. Steigen wir jetzt auf die Höhe des Tempelhofer Feldes, so wandern unsere Gedanken — über die Parodievergangenheit dieser Gegend hinweg — gern zu jenen Anfängen der Bewegung, die uns als Schüler die vom Taschengeld abonnierte „Berliner Freie Presse“ im Gedächtnis einprägte, daß sie heute noch lebendig werden. Möge der Bezirk seiner alten Tradition treu bleiben!

Auch ein Zeichen der Not.

Immer stärkere Abnahme der Kraftfahrzeuge.

Während in den Sommermonaten im Bestand der Berliner Kraftfahrzeuge eine langsame Anwartsentwicklung festzustellen war, sank schon im Herbst die Zahl der Kraftfahrzeuge. In diesem Winter scheint die wirtschaftliche Notlage erheblich bei der Einschränkung der technischen Hilfsmittel eine Rolle zu spielen, denn seit Oktober wurden bis Ende des Jahres 9786 Fahrzeuge zur Löschung angemeldet. (Oktober 3180, November 3476 und Dezember 3130 Fahrzeuge.)

Am 1. Januar betrug die Zahl der Kraftfahrzeuge 103 125 (104 920). Davon entfallen auf Personenkraftwagen (einschließlich Kraftdroschken und Omnibusse 49 324 (49 982), auf Lastkraftwagen 16 079 (16 202), Zugmaschinen 1663 (1671), Krafttrader 20 637 (21 636) und auf Kleinkrafttrader 15 422 (15 429). In den Personenkraftwagen sind enthalten: 6911 Kraftdroschken (6910) und 697 Kraftomnibusse. Die Zahl der Pferdendroschken, die von Monat zu Monat stetig abnehmen, beträgt nur noch 119 (121). Es ergibt sich ein tatsächlicher Abgang von 1788 (1926) Kraftfahrzeugen.

Im Dezember wurden weiter 1685 Probezulassungsbescheinigungen ausgestellt und 182 internationale Fahrausweise erteilt. Ferner wurden 1190 Führerscheine neu erteilt, davon an 143 weibliche Personen. Durchschnittlich wurden 212 Fahrzeuge täglich zur Nachkontrolle vorgeführt.

Er hat keinen Auftrag.

Am Donnerstagvormittag stürzte infolge der Glätte auf der Kronprinzenbrücke ein Pferd. Mit Mühe und Not bekam der Kutscher sein Tier wieder hoch. Gleich darauf kommt ein schwer beladener Kohlenwagen mit vier Pferden — aber auch nicht weiter als bis zur Brücke. Die Tiere verlieren den Halt. Ein Straßenreiniger, der mit einem vollen Sandkarran dabeist, sagt auf die Frage, warum er nicht streue, er habe keinen Auftrag, er dürfe es nicht. Gibt die Stadtverwaltung wirklich solche Bestim-

mungen heraus? Passanten griffen sich nun den Sandkarran und streuten, damit die braven Bierkutscher ihre schwere Arbeit verrichten konnten.

Kaiserdenkmal soll bleiben!

Im Mai vorigen Jahres hatte sich die Bezirksversammlung Weihensee in ihrer Mehrheit für einen Antrag ausgesprochen, der die Enternung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. in den Anlagen am Weihen See forderte. Dem Bezirksamt Weihensee, das diesen Beschluß an den Magistrat weiterleitete, ist jetzt von dieser Stelle der kurze Bescheid zufließen geworden, daß der geforderten Enternung des Denkmals seitens des Magistrats nicht zugestimmt werden könne. Der Bescheid des Magistrats ist unverständlich, da dem Weihenseeer Kaiserdenkmal ein besonderer Kunstwert bestimmt nicht innewohnt und der überwiegende Teil der Weihenseeer Bevölkerung gar kein Interesse an der Erhaltung des Denkmals hat.

Drei Frauen durch herabstürzendes Schild verletzt.

Vor dem Hause Brunnenstr. 24 ereignete sich gestern ein eigenartiger Unfall. Das 4½ Meter lange, eiserne Reklameschild eines Kinos riß plötzlich los und stürzte in die Tiefe. Drei Frauen wurden von dem Schild getroffen und erheblich verletzt. Eine der Verunglückten mußte mit einem Schädelbruch in bewußtlosem Zustande ins Lazaruskrankenhaus gebracht werden.

Die Leiche des Stillehrers Wichahn aufgefunden.

Der seit Anfang Januar vermißte Berliner Sportlehrer Wichahn ist jetzt am Schwarzen Horn in den Schweizer Alpen als Leiche aufgefunden worden, er war von einer Lawine verschüttet worden. Die Leiche wurde zu Tal gebracht.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Die Teilnehmer an der Besetzung des Grottoen Dr. Franz Rothensfelder in Eichwalde treffen sich heute, Sonnabend, auf dem Bahnhof Baumjuchenweg. Der Zug fährt von dort nachm. 1.54 Uhr.

Klatsch und Tratsch.

Der Brandenburger Skandalprozeß ein Justizskandal.

Brandenburg a. d. H., 16. Januar.

Noch etwa zwanzig Zeugen sind im Schwarz-Prozess, der sich zu einem Kleinstadtklatsch ohnegleichen auszuwachsen beginnt, zu vernehmen. Da wird z. B. feierlich erdört, ob die Hemdackeln der Dame Florian bei ihrem Ringen mit dem Stadtantmann zerrißen sind. Frau Florian behauptet, daß die Zerreißen bei dem ersten Ueberfall geschehen sein soll. Nach den Protokollen des Ermittlungsverfahrens hat sie damals aber behauptet, daß die Basse beim zweiten Liebesangriff in die Leiche ging.

Am Nachmittag begab sich die Strafkammer mit den Zeugen und der Verteidigung zum Lokaltermin in das Brandenburger Gesundheitsamt am Mühlstädtischen Markt. Hier mußte Frau Florian die angeblichen Vorgänge im sogenannten Arztzimmer schildern. Rechtsanwält Dr. Fren, der Verteidiger des Angeklagten, markiert Frau Florian, und Frau Florian spielte den angeklagten Stadtantmann. Es entstand nun eine Balgerei, in deren Verlauf damals der Angeklagte gerufen haben sollte: „Fällt du hier auf das Sofa, kannst du dich nicht mehr wehren.“

Das war im Arztzimmer. Im Schwesternzimmer wurde dann eine Schäkerei demonstriert. Der Angeklagte bestreitet immer wieder, daß er sich dieser Schulkamerader unzüchtlich genähert habe. Darauf begibt sich das Gericht zum Alten Ballgraben, wo der Angeklagte von der angeheulerten Frau in einer Nacht angeblich zum Liebesstündchen animiert wurde. Frau Florian kann sich an diese nächtlichen Vorgänge nur unfklar erinnern, da sie nicht mehr nüchtern war. In den Anlagen am Saldria-Gymnasium wurde zur Bewollständigung des erheiternden Bildes eine kleine nächtliche Szene zwischen dem Angeklagten und der Frau Florian rekonstruiert. Dann kommen die Zärtlichkeiten des Stadtoberssekretärs Behrendt zur Sprache. „Dabei finde ich nichts“, meint der Zeuge. „Das sind alles Scherze, die darf ein Beamter sich schon erlauben.“

In dieser Form geht es weiter. Aufgeblähte Bagatellen, Verdächtigungen, Gerüchte, Klatsch und Tratsch aus dritter Hand... Man spioniert durchs Schlüsselloch, man sammelt „Material“, man kriecht dem Nachbar in die Betten nach und hält diese peinliche Praxis für angewandte Moral...

Neues Röntgenhaus in Berlin.

Das vor etwa 25 Jahren erbaute Röntgenhaus im Rudolf-Virchow-Krankenhaus genügt nicht mehr den Ansprüchen, welche an ein modernes Krankenhaus gestellt werden müssen.

Die rasche Entwicklung der Röntgenologie, die zur Zeit der Erbauung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses sich noch im Anfangsstadium befand, hat zur Folge, daß die für die heutigen Arbeitsmethoden und Arbeitsmengen benötigten Räumlichkeiten etwa 3-4 mal so groß sein müssen als diejenigen, die dem Stande der Wissenschaft im Jahre 1905 entsprachen. Auch wird die ärztliche Untersuchungstätigkeit beeinträchtigt durch den Mangel an modernen Stromerzeugungs- und anderen Apparaten, für deren Aufstellung kein Platz vorhanden ist. Es wird von Sachverständiger Stelle anerkannt, daß durch gelegentliche Instandsetzungen oder Umbauten an einzelnen Stellen des jetzigen Röntgenhauses keine genügende Abhilfe geschaffen werden würde. Aus diesem Grunde ist ein zunächst in Aussicht genommener kleinerer Umbau des Röntgenhauses, für den die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 1930 bereits vorgesehen waren, nicht in Angriff genommen worden. Die üblichen Renovierungsarbeiten im Röntgenhaus sind verschoben bzw. nur im allernotwendigsten Umfang ausgeführt worden. Von dem neu ernannten Leiter der Röntgenabteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses, Dr. Buchner, sind mit Zustimmung der Direktion des Krankenhauses und des Hauptgesundheitsamts Vorschläge für die Umgestaltung des gesamten Röntgenbetriebes der Anstalt gemacht worden. Der Magistrat will jetzt ein ausführliches Projekt von der städtischen Hochbaudeputation aufstellen lassen und leitet der Stadtordeordnetenversammlung eine Vorlage zu, in der er um Freigabe von 15 000 M. zur Ausarbeitung des Projektes für den Neubau bittet.

„Nur mit diesem Zeichen echt.“

Lange gesuchter Schnapsfälscher verhaftet.

Es war eine Tätigkeit, die wohl ihren Mann ernährte und noch etwas darüber abwarf. Aber einigen Feinschmeckern kamen die richtig etikettierten und verpackten Edelkorn des Kaufmanns Eisenblätter doch nicht ganz geheuer vor, und so erzielte den Tüchtigen das Schicksal, das er so oft herausgefordert hatte.

Seit einigen Monaten liefen bei der Kriminalpolizei mehrfach Anzeigen ein. Fälle, die über eine feine Junge verfügten, hatten sich beschwert, daß sie statt echten Whiskys ein minderwertiges Zeug bekommen hätten. Nachforschungen, die von den Lieferfirmen angestellt wurden, ergaben, daß die Beschwerden zu Recht bestanden. Die verschlossenen Flaschen waren natürlich durch verschiedene Hände gegangen, ehe der Inhalt zum Ausschank kam. Als die Kriminalpolizei diesen Weg zurückging, um auf den Ursprung zu kommen, lenkte sich der Verdacht auf Eisenblätter. Er war früher bereits in eine ähnliche Angelegenheit verwickelt gewesen und hatte daraus die Lehre gezogen, recht vorsichtig zu sein. Sein „Warenlager“ hatte er in einem größeren Koffer, den er als unauffälliges Gepäckstück bald auf diesem, bald auf jenem Bahnhof aufgab. Teils selbst, teils durch Agenten sammelte er Aufträge. Burden ihm von verschiedenen Leuten ausreichende Bestellungen aufgegeben, so machte er sich an die „Fabrikation“. Er kaufte eine oder zwei Flaschen des echten Getränkes, eine fünf- bis zehnlitertrute reinen Spiritus und destillierte in seiner Wohnung unter Zufuß von Essenzen die gewünschte Menge echten Schnaps zusammen. Auch für die äußere Ausstattung der Flaschen war auf beste geforgt. In kleinen Druckerien, in denen es nicht auffiel, gab sich E. für einen Vertreter bekannter Likörfabriken aus und ließ sich Etiketten mit der erforderlichen Aufschrift herstellen. Auch Streifenbänder „Nur mit diesem Zeichen echt“ hatte er zur Verfügung. Es fehlte nichts, weder die gebrannten Korke noch die Stanniolpacken. Diese stanzt er sich selbst aus und zog sie auf die Flaschenhälse.

Nach längeren Beobachtungen durch Kriminalbeamte der Dienststelle F. 4 gelang es jetzt, Eisenblätter der Fälschung einwandfrei zu überführen und ihn zu verhaften.

Wiener Operettenabend in Treptow. Das Volkshausamt Treptow veranstaltet am 18. Januar einen „Wiener Operettenabend“. Zu dem Konzert wurde Frau Elise v. Czapka, Sopranistin von der Berliner Staatsoper und der Städtischen Oper, verpflichtet. Die Künstlerin wird Arien aus „Zigeunerbaron“, „Vogelhändler“ und Duette aus „Bettelstudent“, „Hedermaus“ und „Dreimäderlhaus“ gemeinsam mit dem Kammeränger Hans Batten von der Berliner Staatsoper singen. Die Begleitung hat Dr. Helmuth Thierfelder übernommen. Karten im Vorverkauf bei Bader, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 17; Boges, Baumtschulenweg, Baumtschulenstr. 100; Stäffeldt, Berlin-Treptow, Rathaus, Neue Krugallee 2-6, Zimmer 80, und in den Buchereien. Eintrittspreis für Mitglieder (Vorzugskarte) 0,30 M., für Gäste 0,50 M., für Abonnenten frei.

Billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 17. Januar, kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten von 2 Uhr nachmittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder, ebenso im Aquarium.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, Sonnabend, 17. Januar 1931, 19 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrnhäuser, Leipziger Straße 3
Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Otto Landsberg M. d. R. über
„Krise des Parlamentarismus“

Karten zum Preise von 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind außer an den bekannten Stellen auch noch an der Abendkasse zu haben.

„Winterhilfe 1931.“

Am 31. Januar findet zum Beiten der „Winterhilfe 1931“, die von dem preussischen Innenminister und dem Wohlfahrtsminister ins Leben gerufen wurde, eine große öffentliche Sammlung statt. Aus allen Kreisen der Bevölkerung haben sich Helfer und Helferinnen gemeldet, die für die gute Sache tätig sein werden. Jede kleine und kleinste Gabe wird dazu beitragen, das grenzenlose Elend der Bedürftigen, ihre von Tag zu Tag wachsende Not zu lindern. Es gilt, den Hunger einer Legion unverduldend ins Elend Geratener zu stillen! Zur Unterstützung dieser Hilfsaktion hat sich unter dem Vorsitz von Frau Staatssekretär Weichmann ein Frauenkomitee gebildet, deren Helferinnen durch das Abzeichen eines goldenen Herzens bei ihrer Sammeltätigkeit sich ausweisen werden. Die öffentliche Wohltätigkeit ist dem Riefenansturm der nach Hilfe Schreienden nicht mehr gewachsen, die Bevölkerung selbst muß mithelfen, die schwer bedrängten Volksgenossen zu unterstützen.

Aus der Partei.

Von der ungarischen Sozialdemokratie.

Ernst Garami, einer der führenden Männer der ungarischen sozialdemokratischen Partei, hat wegen tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten seinen Austritt aus der Parteileitung angemeldet und seine Anschauungen in einer Denkschrift an den Parteiausschuss niedergelegt.

Der Parteiausschuss hat mit überwiegender Mehrheit in Uebereinstimmung mit der Parteileitung beschlossen, den Austritt Garamis nicht zur Kenntnis zu nehmen und festzustellen, daß sich die Parteileitung in der politischen Führung der Partei an die vom letzten Parteitag beschlossenen Richtlinien gehalten habe; in den entscheidenden tatsächlichen Fragen beständen zwischen Parteileitung und Garami keine solchen Gegensätze, daß sie nicht überbrückt werden könnten. An Garami wurde deshalb die Bitte gerichtet, weiterhin in der Parteileitung tätig zu sein. Die tragische Lage der ungarischen Arbeiterklasse mache die Zusammenfassung aller Kräfte und den Ausbau der Kampffront der Arbeiterklasse zu einer gebieterischen Notwendigkeit.

Die schwedische Sozialdemokratie zählte Ende 1930 rund 260 000 Mitglieder. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von 25 000 Mitgliedern.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an den Geschäftsreferenten
E. E. L. M. S. B. 65, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

- 7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde findet am Sonnabend, 17. Januar, von 17-18 Uhr, im Jugendheim Hohenzollernstr. 4, statt. Gelegenheit zum Parteiaustritt.
- 9. Kreis Wilmersdorf. Rechnung, Bezirksführer! Handzettel zur Verteilung an die Mitglieder bitte vom Abteilungsleiter abholen.
- 11. Kreis Schöneberg. Handzettel für die öffentliche Frauensammlung müssen Sonnabend nachmittags in der Spedition abgeholt werden.
- 12. Kreis Tempelhof. Sonntag, 19. Januar, Fraktionssitzung. Treffpunkt: 41. part.
- 13. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 19. Januar, 18.45 Uhr, Fraktionssitzung mit Bürgerdeputierten im Zimmer 117 Rathaus Tempelhof.

Heute, Sonnabend, 17. Januar.

- 54. Abt. Charlottenburg, 18 Uhr Beschlusssitzung des Charlottenburger Arbeiter-Komitees, Am Spreebord.
- 111. Abt. Wilmersdorf. Parteigenossen, die Mitglieder des Grundbesitzerkreises sind, werden gebeten, die heutige Verammlung des Grundbesitzerkreises zu besuchen.

Funkwinkel.

Die „Jugendstunde“ noch nach verstaubten Schulwänden. Dr. Walter Benjamin erzählte von dem Abenteuer Casparys, der zwischen 1770 und 1786 Europa mit seinen alchimistischen und magischen Verheißungen in Atem hielt und hohe und allerhöchste Herrschaften an der Nase herumführte. Welche anschaulichen kulturgeschichtlichen Streifzüge hätte dieser Vortrag gestiftet, und wie leicht wäre er für die Jugend ininteressant zu gestalten gewesen! Es war geradezu verwunderlich, daß es Dr. Benjamin gelang, so entschuldigend langweilig über diesen Stoff zu reden. — „Lieder und Duette“ von James Rothstein. An Stelle der üblichen Nachmittagsunterhaltungsmusik war eine gefällige Abwechslung. Die Veranstaltung ebenfalls für Hörer bestimmt, die von der Musik nur angenehm und unaufregend unterhalten werden wollen, zeigte in Werken und Ausfühung gutes Durchschnittsniveau. — Erich Rühm erzählte von der Münchener Künstlerbewegung um die Jahrhundertwende. Sein Bericht skizzierte das geistige Gesicht Schwabings, das in seiner gewiß manchmal affektiert unterförmigen Unbürgerlichkeit schon Jüge sozialen Gemeinshaftswillens zeigte. Der Bericht über das Hörspiel „Kaspar Hauser“ von Erich Obermeyer folgt morgen.

- zu besuchen um 20 Uhr im Lokal von Paul Helmman, Wallersdorfer Straße, Tagelagerung: 1. Vortrag über Paulparolen, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Berichtsbereits.
- 112. Abt. Wilmersdorf, 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Hermannsd., Wilhelmshagen, Wilhelmstraße. „Reichsbanner und Partei.“ Referent Gustav Krentler.
- 123. Abt. Prenzlauer-Berg, 19.15 Uhr 10-Jahr-Feier der Abteilung im Jägerheim, Preßburger Straße 10.
- 131. Abt. Wilmersdorf, „Unter den Linden“ und Kollisionsmaterial ist schon heute beim Genossen Johannes Buchwald, Wilmersdorf, 11, abzuholen.

Morgen, Sonntag, 18. Januar.

- 92. Abt. Wilmersdorf, Arbeitstreff junger Genossen: Fahrt nach Gellnow-Rampeburg, Treffpunkt 8 Uhr Dönhofsplatz, Zeitungsleser.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Kinderkassen, West- und Jungfrauen: Wie treffen uns Sonntag, 18. Januar, um 9.15 Uhr im Kleinen Eiscafé zum Besuch des Winterabendmuffums. 12 Pf. Fahrpreis mitbringen. Wir sind gegen 13 Uhr wieder zurück.
- Kreis Tempelhof, Helfertreff: Der Treffpunkt zu unserer Helfertreffen findet morgen, Sonntag, 18. um 19 Uhr an der Gängehofs-Edel-Begetraße. Wie treffen uns im Saal.
- Gruppe Köpenick, Jung- und Alte Frauen: Verteilung des Märkischen Muffums. Treffpunkt Sonntag 9 Uhr Bahnhof Köpenick.
- Kreis Prenzlauer Berg, Gruppe „Vorwärts“: Wie treffen uns Sonntag, 9 Uhr, Preßburger Straße. Fahrt nach Friedrichshagen. 50 Pf. Fahrtgeld und Prospekt. 17 Uhr sind wir wieder zu Hause.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 23. Abt. Unser treuer Genosse Heinrich Reun, Aniprodukt, 114, ist verstorben. Erhe seinem Andenken! Beerdigung Sonntag, 19. Januar, 11 Uhr, von der neuen Halle des Jüdischen Friedhofs in Weikensee.
- 26. Abt. Unser Genosse Fritz Böhm, Schönhauser Allee 177, ist am 14. Januar verstorben. Die Einäscherung findet am Montag, 19. Januar, 11 Uhr, Gerickestraße statt. Am reas Beisetzungs wird gebeten.

Allgemeine Wetterlage.



Die Depression über dem Nordmeer und Skandinavien hat immer mehr nach Süden an Raum gewonnen und sich dabei noch wesentlich vertieft. Auf ihrer Südseite haben die milden Luftmassen ganz Mitteleuropa überflutet. Nirgends mehr in Deutschland herrscht am Freitagabend Frost. Innerhalb der milden Luftmassen kam es zu breiten ziemlich ziemlich ergiebigen Niederschlägen. Kältere Luftmassen polaren Ursprungs sind auf dem Nordmeer erschienen. In den letzten beiden Tagen werden wir allmählich auch in ihren Bereich kommen, zumal in Nordwesten der Luftdruck jetzt kräftig steigt.

Wetter für Berlin: Meist trübe mit Regenfällen, mild. Frische bis starke westliche Winde. — Für Deutschland: Im Nordwesten später wieder etwas Besserung, im übrigen Reich trübe und regnerisch mit Temperaturen über Null; namentlich im Küstengebiet stürmische Westwinde.

In der „Neuen Welt“, Hagenheide, hatte die Prämierung des längsten Frauennetzes und des schönsten Substanzes im Rahmen des bayerischen Alpenfestes am Dienstag eine erwallende Ausbeute erzielt. In der Höhe der Prämierung lag ein lebhaft feierliches Bodirretriebe einfallte. Stimmung allüberall, noch erhöht durch die einträglichen Alpenlandschaft, die alle neuer samolet Pflanzensattraktionen, welche der „Neuen Welt“ ein unbeschreiblich originales Gepräge verliehen. Im großen Saal treibt der Landeshof, Chaplin, der sein Urbild, den weltberühmten Film-Chaplin an übermäßig lockenden lustigen Einflüssen und Regemut weit in den Schoten stellt, seine artistischen zweckvollerfüllenden Akte.

Wannlage. Die Satzer Ski-Wetterschaft findet vom 16. bis 18. Januar in Saarlouis statt. Das Ereignis findet am Sonntag, 18. Januar, 11 Uhr, auf der großen Wurmbergbahn statt. U. a. beteiligen sich auch norwegische Springer. Im Anfall an die Satzer Ski-Wetterschaft beginnt die zweite große Saarlouiser Sportwoche mit Wettkämpfen im Eislaufen, Eishockey, Eislauf- und Schneelauf, Bobfahren.

PEEK & CLOPPENBURG

GERTRAUDENSTR.

GERTRAUDENSTR.

Herrenkleidung

Damenmäntel

Beste
Ware
billig

Inventur-
Ausverkauf
Heute
Schluß

Es
lohnt
sich

Schüler- und Kinderkleidung

Herrenhüte und Wäsche

Das Reich als Bankier.

Milliardenbelastung durch Darlehen und Garantien.

Seit Jahren führt die Sozialdemokratie einen Kampf gegen die große Belastung, die dem Reichshaushalt durch die der Privatwirtschaft gewährten Subventionen erwächst. Diese Subventionen erfolgen teils durch Hergabe von Darlehen zu ausnahmsweise günstigen Zinsbedingungen, zum Teil durch Uebernahme von Garantien. In welchem Umfange das Reich sich als Bankier für die schlechtesten privatkapitalistischen Risiken betätigt, zeigt die Tatsache, daß 1929 insgesamt 2,3 Milliarden Darlehen gewährt und Garantien übernommen wurden.

Durch die Rotverordnung vom 26. Juli 1930 erhielt der Reichsfinanzminister wiederum

neue Garantieermächtigungen

für das laufende Rechnungsjahr, und zwar 350 Millionen zur Förderung des Außenhandels sowie zur Uebernahme einer Dividendengarantie für Reichsbahnvorzugsaktien und schließlich zur Uebernahme einer Zinsgarantie für Reichsbahnschuldverschreibungen bis zur Höhe von 250 Millionen. Der letztere Betrag soll der Finanzierung eines zusätzlichen Arbeitsprogramms durch die Reichsbahn dienen, jedoch hat man bisher von zusätzlicher Arbeitsbeschaffung noch nichts verspürt. Ferner sind noch zur Durchführung der Osthilfe Garantieermächtigungen für die Umschuldungsaktionen bis zu 100 Millionen und weitere 50 Millionen für Darlehensverpflichtungen bei der landwirtschaftlichen Siedlung erteilt worden.

Scheidet man

die bereits übernommenen Garantien

von den noch offenen Garantieermächtigungen des Reiches, so ergibt sich folgendes Bild: An Garantien übernommen sind bis zum 1. Oktober 1930 für die Landwirtschaft 109 Millionen, für Handel und Gewerbe 309 Millionen, darunter 19½ Millionen Kassenkredite, und zur Förderung des Außenhandels 273 Millionen, für Wohnungs- und Siedlungsweisen 190 Millionen. Im ganzen belaufen sich die übernommenen Garantien des Reiches auf rund 684 Millionen Mark. Außerdem ist noch eine bestimmte jährliche Dividende für 375 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn garantiert worden.

Seit 1927 sind auf Drängen der Sozialdemokratie in den Etat Rücklagen für die Inanspruchnahme des Reiches aus Garantien eingestellt. Diese Mittel stellen sich auf rund 53 Millionen. Aus diesem Fonds sind bisher Ausfälle in Höhe von 56 Millionen abgedeckt worden, worunter sich u. a. 30 Millionen Winkerkredite befinden. Im Laufe des letzten Jahres eingetretene Ausfälle sowie die den Rücklagenfonds übersteigenden drei Millionen müssen also als Vorgriff auf den für 1931 mit 13 Millionen vorgesehenen Rücklagenfonds übertragen werden. Ungeachtet aller Warnungen der Sozialdemokratie besonders bei der Uebernahme weiterer Garantien für Verluste der Getreidehandelsfirma Wessely bei der Roggenentwertung wird also jetzt das gleiche Spiel mit Vorgriffen auf das kommende Jahr gespielt.

Die Garantieermächtigungen

Stellten sich am 1. Oktober 1930 im ganzen auf 931 Millionen. Hieron entfallen auf die Landwirtschaft 119, auf Handel und Gewerbe 367 sowie für Wohnungs- und Siedlungsweisen 245 Millionen Mark. Ein Teil von diesen Ermächtigungen ist inzwischen bereits durch feste Zulagen gebunden, so daß das Garantierisiko des Reiches am Schluß des laufenden Rechnungsjahres erheblich über den oben angegebenen 684 Millionen liegen wird. Trotz weiterer Garantieermächtigungen von 350 Millionen, die im Etatsgesetz für 1931 nachgeschickt werden, soll der Rücklagenfonds wieder nur mit den gänzlich unzulänglichen 13 Millionen dotiert werden.

Nicht weniger unerfreulich ist das Kapitel der Reichsdarlehen. Diese können nur in den wenigsten Fällen als Darlehen im bankmäßigen Sinne angesehen werden. Wie das Reichsfinanzministerium im vorigen Jahr feststellte, sei das Reich häufig in der Zwangslage, zur Vermeidung von Zusammenbrüchen in der Wirtschaft Darlehen zu geben, auf deren Rückzahlung überhaupt nicht oder nur in gewissem Umfange gerechnet werden könnte. Die Entwicklung der Darlehensfrage bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung. Die Summe der Darlehen ist zwar im laufenden Rechnungsjahr zurückgegangen, aber nicht durch Rückzahlungen, sondern durch Niederschlagungen. So mußten die an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegebenen Darlehen von 623 Millionen und ebenso zwei Darlehen von 80 und 49 Millionen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Reichsbahn gegeben wurden, niedergeschlagen werden. Die Tatsache, daß das in schwersten Finanznöten befindliche Reich der Reichsbahn die Rückzahlung von 129 Millionen geliehener Gelder erlassen hat, muß schärfste Kritik hervorrufen. Insgesamt sind durch diese Maßnahmen die Darlehen des Reiches um 1120 Millionen herabgedrückt worden, ohne daß das Reich hieron auch nur einen Pfennig wiedergesehen hat. Hierzu gehört auch noch die Umwandlung von 370 Millionen Darlehen aus der wertschaffenden Arbeitslosenversicherung im Beteiligungskapital bei der neugegründeten Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten. Mit einem reichlich übertriebenen Optimismus erklärt nun das Reichsfinanzministerium, daß nach der so erfolgten Bereinigung der Darlehensposten das Reich damit rechnen kann, daß der jetzt noch ausstehende Gesamtbetrag als wirkliche Vermögenreserve des Reiches anzusehen ist. Diese angebliche Vermögenreserve beträgt nach dem Stand vom 1. Oktober 838 Millionen Mark.

Diese kurze Uebersicht über das unerfreuliche Kapitel der Reichsgarantien und Darlehen kann nicht abgeschlossen werden, ohne auf die hartnäckigen

Gerüchte über neue Subventionsabsichten

bei der Wertindustrie hinzuweisen. Danach sollen für diese Zwecke 100 Millionen Reichsdarlehen bereitgestellt werden. Auf die schwerwiegenden Gründe, die selbst unter normalen Verhältnissen gegen solche Subventionen sprechen würden, soll hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Es sei nur auf die Tatsache hingewiesen, daß Reichsfinanzminister Dietrich im Haushaltsausschuß wiederholt jede zusätzliche Last selbst für die dringendsten sozialen Zwecke rüchlos abgelehnt hat. Es erhebt sich daher die Frage, ob eine nahezu zinslose Hergabe von 100 Millionen für die Wertisten keine neue Belastung des Haushalts darstellt?

Als Ergebnis des sozialdemokratischen Kampfes gegen Subventionen können seit dem vorigen Jahr Subventionspläne nicht mehr im Halbdunkel des Haushaltsausschusses verfolgt, sondern müssen im vollen Lichte des Plenums behandelt werden. Ist das Finanzministerium wirklich der Ansicht, daß es derartige Projekte im Plenum durchsetzen könnte? Wir glauben vielmehr, daß es sich bei diesen Plänen nur um müßiges Gerede handelt, bei dem der begreifliche Wunsch der Interessenten der Vater des Gedankens ist.

Preisfentung und Markenartikel.

Eine Verordnung der Reichsregierung.

Zur Förderung des weiteren Preisbaues hat die Reichsregierung jetzt eine Verordnung über die Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen. Mit dem Reichswirtschaftsministerium hierzu mitteilt, gelten nach der Verordnung solche Waren als Markenartikel, die entweder selbst oder in ihrer Ausstattung ein Merkmal tragen, das ihre Herkunft kennzeichnet. Um nur einige Beispiele zu nennen, gehören hierher also Artikel wie Odo, Perfi, bestimmte Marken von Schokoladen, Pyramiden, Blaubandmargarine ufm.

Der Vertrieb dieser Waren fällt aber nur dann unter die Preisbindungsverordnung, wenn der Lieferant den Abnehmern durch einen Revers (Verpflichtungsschein) gezwungen hat, die Ware nur zu einem bestimmten Preise an den Konsumenten weiterzuverkaufen. Es ist ein typisches Merkmal der mehrere tausend Markenartikel, die in Deutschland vertrieben werden, daß der Apotheker, Drogerie, Lebensmittel- und Seifenhändler usw. diese Artikel nur zu dem Preise verkauft, die der Fabrikant dieser Waren ihm auf Grund des Verpflichtungsscheins diktiert. Weigerten sich die Händler, diese Bindung anzuerkennen, oder übertraten sie durch billigeren Verkauf des Verbot der Fabrikanten, so wurden sie unter Boykott gestellt, also gänzlich ihrer Existenz beraubt oder sie wurden vor Gericht gezogen und hatten hohe Vertragsstrafen zu gewärtigen. Derartige Prozesse hat es in den letzten Jahren in Menge gegeben.

Diese Preisbindungen sollen auf Grund der neuen Preisverordnungsverordnung dann hinfällig sein, wenn der festgesetzte Preis nicht um mindestens 10 Proz. gegen den am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreis gesenkt ist.

Soweit eine solche Preisfentung bisher noch nicht erfolgt ist, müssen die Fabrikanten, Großhändler und Einzelhändler sich in kürzester Zeit über den Preisabbau verständigen, wenn sie nicht den Rechtschutz, der durch den Markenartikel gegeben ist, einbüßen wollen. Die Regierung sieht die Preisfentung als gegeben an, wenn unter Beibehaltung der am 1. Juli 1930 festgesetzten Preise jetzt eine entsprechend größere Menge an Waren geliefert wird. Dagegen würde eine Senkung des Preises bei gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Warenmenge als Preisfentung nicht angesehen werden.

Die Verordnung ist sachlich auf preisgebundene Markenartikel bestimmter wichtiger Warengebiete beschränkt. Zum Teil sind diese Artikel, wie z. B. Lebensmittel in der Verordnung ausdrücklich genannt und im übrigen werden sie in einer Bekanntmachung gruppenweise aufgeführt. Um in Einzelfällen unvorhergesehene erhebliche wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden, ist eine Härteklause in der Verordnung aufgenommen, deren Grenzen allerdings sehr eng gesteckt sind. Es bleibt aber andererseits für die Regierung die Möglichkeit gegeben, in den Fällen, in denen eine Preisfentung von 10 Proz. noch nicht als ausreichend angesehen wird, auf Grund der Rotverordnung weitergehende Maßnahmen zu treffen.

Verwaltungsrat der Reichspost tagt.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, die im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt wird. In der Beratung stehen die Fragen der Gebührensenkung zur Debatte, ferner wird über die in den letzten Tagen viel erörterte Aktion mit der Transradio-A.-G. ein endgültiger Beschluß gefaßt werden und voraussichtlich wird auch der Bericht über den Jahresabschluss erstattet.

Sinkender Stromverbrauch der Industrie.

Mit der weiteren Zuspitzung der Krise ist auch der industrielle Stromverbrauch ständig gesunken. Wie „Wirtschaft und Statistik“ feststellt, ging von Mai bis Oktober 1930 die arbeitstäglige Stromabgabe von 19,1 Millionen auf 17,9 Millionen Kilowattstunden zurück. Die Gesamtstromabgabe für industrielle Zwecke sank in der gleichen Zeit von 498,9 auf 483,4 Millionen Kilowattstunden. Die Rezhiffer für die arbeitstäglige Stromabgabe an die Industrie, die im Monatsdurchschnitt 1925 = 100 angelegt ist, betrug im Mai noch 107,73 und hat sich bis zum Oktober 1931 auf 101,74, also bis nahe an die Stromabgabe vor fünf Jahren gesenkt. Gegenüber dem Oktober 1929 beläuft sich die Rezhiffer der arbeitstägligen Stromabgabe in dem entsprechenden Monat des letzten Jahres auf 84,54.

Der Weg zur Weltherrschaft.

Aufflieg des Zündholzfönigs J. Kreuger.

Die drei großen Kapitalaufnahmen der Kreuger-Gruppe, die ihr rund 420 Millionen Mark neue Barmittel zufließen lassen sollen, lenken die Aufmerksamkeit Europas von neuem auf den Mann, der in wenigen Jahren aus einem unbekanntem Ingenieur und Grundstücksbauer zu einem der mächtigsten Finanzmänner des Erdballs geworden ist. Die Basis seines Weltreiches bildet das unscheinbare, aber durch seine Unabhängigkeit von allen Konjunkturfällen ausgezeichnete Streichholz. Im Gegensatz zu allen anderen Industrien ist die Streichholzindustrie fast in keinem Land durch die Krise fühlbar beeinträchtigt worden; im Gegenteil: auch im Jahre 1930 hat die Verbrauchervermehrung etwa im Tempo aller vorhergehenden Jahre angehalten, und wie seit 1926, werden 15 Proz. Dividende auch für 1930 verteilt werden.

Einen interessanten Beitrag zur Wachtentfaltung Joar Kreugers bildet ein vor kurzem erschienenes Buch von Helmut Widel: „Ein Nichts erobert die Welt“. Das Nichts ist das Streichholz, auf dessen Beherrschung in der Welt Joar Kreuger aus ist. Er stammt aus einer alten Zündholzfamilie, beginnt aber seine Laufbahn

als Grundstücksveräußerer, dann als Bauingenieur in Chicago,

gründet ein paar Jahre später (1907) in Stockholm ein Bauunternehmen unter dem Namen Kreuger u. Toll — es ist dieselbe Firma, die heute als Finanzkonzern in der ganzen Welt bekannt ist — und gründet 1913 eine Zündholzgesellschaft. Der entscheidende Erfolg auf diesem Gebiet war die Verschmelzung mit dem größten schwedischen Zündholzkonzern und die Gründung der heute weltbeherrschenden Svenska Tändsticks A. B. (Schwedische Zündholzgesellschaft), die 1917 erfolgte. Das Buch schildert in lehr anschaulicher, lebendiger Form die einzelnen Etappen der Kreugerschen Wachtentfaltung, deren Ergebnis auf dem Streichholzgebiet etwa so aussieht: vier Fünftel der Weltproduktion sind unter seiner Kontrolle, 60 000 Zündholzarbeiter sind in 35 Ländern für ihn tätig, 160 Zündholzfabriken sind die Bestandteile seines Konzerns. Das Streichholzgeschäft ist jedoch nur das Mittel zum Zweck höherer Ziele: er kauft sichere Monopole gegen Anleihegewährung. Die 14 Staatsanleihen, die sein Trust bisher ausgegeben hat, haben einen Gesamtbetrag von nicht weniger als 1,35 Milliarden Mark. An der Spitze der Anleihenehmer steht Deutschland mit 125 Millionen Dollar. Eindringlich wird in dem Buch gezeigt, wie von Joar Kreuger in einem Lande nach dem anderen

das Zündholzmonopol erkämpft

worden ist, fast immer mit dem gleichen Ziel: volle Beherrschung des Marktes und Erhöhung der Preise. Der Weg bis zum 100prozentigen Weltmonopol erscheint heute nicht mehr weit. China winkt als neuer, gewaltiger Markt — eine Anleihe von 100 Millionen Dollar soll nach kürzlichen Verhandlungen aus Hanking bereits zur Verhandlung stehen. Es mag dahingestellt bleiben, ob Widel die Rolle Sowjetrusslands als wichtiges Bollwerk gegenüber Kreugers Weltmonopolplänen nicht überschätzt. Zutreffend ist auf alle Fälle die Bemerkung, daß Schweden durch Kreuger im Begriff ist, sich zu einer imperialistischen Macht zu entwickeln.

Die Viehbestände in Deutschland.

Starke Answellen des Schweinebestandes.

Die Viehzählung vom 1. Dezember 1930 ergab nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts gegenüber dem Dezember des Vorjahres 3,52 gegen 3,62 Millionen Pferde, 18,43 gegen 18,03 Millionen Rindvieh, unter denen sich unverändert 9,4 Millionen Milchkuhe befinden. Die Zahl der vorhandenen Schweine stieg beträchtlich, von 19,9 auf 23,3 Millionen, während sich der Schafbestand mit 3,5 Millionen nur unwesentlich verändert hat. An Geflügelbeständen wurden 6,23 gegen 5,56 Millionen Gänse, 3,89 gegen 3,32 Millionen Enten und 87,9 gegen 83,2 Millionen Hühner gezählt. Rund 2 Millionen Bienenstöcke waren am Stichtag der Zählung in Deutschland vorhanden.

In die Augen springend ist die außerordentlich starke Zunahme der Schweinebestände, die auf eine weitere Senkung der Schweinepreise hindeutet. Auch die Vermehrung des Geflügels, die bei Gänsen 12 Proz. und bei Enten sogar 17,2 Proz. beträgt, ist ziemlich beträchtlich.

Der Zuckerüberfluß.

Die erste Wirkung der internationalen Abmachungen über die Zuckerausfuhr zeigt sich in einem Beschluß der Ausfuhrvereinbarung der deutschen Zuckerindustrie. Die Zuckerfabriken sind demnach nur noch zu einer Ausfuhr von 20 Proz. ihrer Produktion (vorher 25 Proz.) verpflichtet. Damit nicht das Angebot auf dem deutschen Inlandsmarkt infolge der übergroßen Vorräte zu stark wird, sollen die Fabriken weitere 18,5 Proz. ihrer Produktion einlagern oder vergällen zur Verfütterung bringen.

Die I.G.-Farben verstärkt ihre schweizerischen Interessen. Mit 300 000 Schweizer Franken wurde in Zürich die Agfa-Photo A. G. als Handelsfirma für photographische Erzeugnisse des I.G.-Farbenkonzerns gegründet. In Zürich besteht bereits für den Teerfarbenverkauf eine Untergesellschaft der I.G.-Farben (Teerfarben A. G., Aktienkapital 500 000 Schweizer Franken), abgesehen von der Kontrollierung der schweizerischen Farbstoff- und Chemikalienfirma Durand et Huguénin in Basel. In der Verstärkung seiner schweizerischen Interessen entwickelt der Farbentruft also eine bemerkenswerte Aktivität.

*) Adalbert-Schulz-Verlag, Berlin 1930. 187 Seiten. Preis broschiert 2,85 Mark.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Vorkriegspreis! Tube 60 Pf. u. 1 Mk.

Kurt Rudolf Neubert: Familie

Ein Querschnitt

Der Vater.

Vater Krause ist ein kleiner Beamter. Sein Lebenslauf ist klar und einfach — bis auf den Krieg. Sein Vater war irgendwo in einem mecklenburgischen Städtchen Malermesser, und Georg kam früh auf die Unteroffizierschule. Als Feldweibel verließ er nach langen Jahren mit dem Jägerregimentschef das Militär und fing sein bürgerliches Leben in einer Magistratsregistratur an.

Seine Papiere sind alle in Ordnung. An Orden und Ehrenzeichen besitzt er das Eisene Kreuz II. Klasse und das Bundesadlerabzeichen. Das Eisene Kreuz liegt unter einer kleinen Glasglocke auf Samt, daneben steht ein Stück von einem Infanterieschloß, von dem Krause vor Verdun in den Oberkiebel getroffen wurde. In einem französischen Bazarret jagt ihm ein Arzt dieses Bleistück aus dem Fleisch. Er verwahrt es.

Seine sonstigen Erinnerungen: Nächte in der Champagne, ein Franzosenfest, in das er seinen Gewehrkolben geschmettert hatte, dann besaß er noch eine Sammlung von Kriegsbriefen, Rotgeld und Photographien und einen Trommelreolover, den er einem toten Tommy abgenommen hatte.

Das sind alles Dinge einer vergangenen Epoche, die man verschließen und in Alben gesammelt gelegentlich an ruhigen Abenden hervorholen kann. Damit wird Krause fertig. Fertig wird er nicht mit den Dingen einer chaotischen Gegenwart, die auch von ihm, gerade von ihm Betrachtung, Stellungnahme, Auseinandersetzung fordern. Vielleicht ist er schon zu alt. Leider, vielleicht fehlt ihm aber nur die unmittelbare Gefahr, und er wird erwachen, Stellung nehmen gegen seine Feinde, was immer sie lauern mögen.

Sonst tut er seine Pflicht, ist pünktlich im Büro, und daß er einem Verein angehört, wird ihm niemand verübeln. Er ist zufrieden, wenn er abends seine Zigarre rauchen kann und die Frau neben ihm sitzt. Seine einzige Sorge sind die Kinder.

Die Mutter.

Sie ist alles. Vor allem ist sie lautlos. Laut sind nur der Sohn, die Tochter und gelegentlich der alte Krause.

Sie ist klein und bläß, wenn man von ihrem Äußereren sprechen soll, sie ist glütig und geduldig, was ihre Charaktereigenschaften anbelangt. Ihre Erinnerungen? Erinnerungen hat sie keine mehr, ihr Lebenslauf ist noch einfacher, klarer als der ihres Mannes, sie hat keine Erinnerungen, weil sie nur in der Gegenwart lebt, in der selbstverständlichen Hingabe an Mann, Sohn, Tochter, in der ewigen Angst und Sorge um Ausgleich.

Es läßt ihr nie in den Sinn, wie die Kinder einmal zu sagen, aufzutreten: Ich habe ein Recht auf mich. Mein Körper gehört mir. Ich will auch etwas vom Leben haben.

Sie hatte immer nur die Pflicht gekannt, für die Kinder da zu sein.

Ihre schlimmste Sorge ist der Gedanke: Wie wird es sein, wenn ich nicht mehr da bin?

Der Sohn.

Er hat Rechte. Er ist noch nichts Rechtes. Deshalb legt er um so größeren Wert auf diese Rechte. Seine Rechte: er ist da. Er ist jung. Er hat Ellenbogen. Er hat einen Magen. Einen Mund. Er hat höhere Schulbildung.

Wenn das letztere ein Vorwurf ist — in diesem Falle —, so muß dieser Vorwurf wohl dem ehemaligen Unteroffizierschüler Krause gemacht werden. Aber der Feldweibel Krause kann den Vorwurf hundertmal weitergeben: an seine Mitbürger, seine Kollegen, an Behörden, Institute, Handwerkskammern, an die Zeit.

Und der einzige Mensch, der da das letzte Wort zu sprechen hätte, die Mutter, bleibt hier stumm. Sie müßte sonst sagen: Ich habe auf das und das verzichtet, weil das Schulgeld, weil der Junge...

Sie sagt nur: Mit höherer Schulbildung kommt er doch schneller vorwärts!

Da es zum Studium nicht reicht, schlägt er die Banklaufbahn ein.

Er ist und schläft zu Hause, mit Freunden und Freundinnen umhertreibt er sich außer dem Hause, im Büro ist ein Tag wie der andere.

Das Leben gewinnt Reiz durch die Mitgliedschaft in einem Sportverein.

Dann kommt die hohe Politik.

Seine Meinung bildet sich nach den Umständen, nach den Menschen, denen er sich anschließt, nach den Eindrücken, die sie ihm bieten, nach beruflichen und persönlichen Interessen, nach mehr oder weniger Ueberblick, Einblick in Zusammenhänge, mehr oder weniger falsch.

Fest steht, daß er eine andere Einstellung hat als sein „alter Papa“.

Er belächelt ihn mandmal.

Es ist noch kein Grund vorhanden, von einer Gefahr in der Familie zu reden. Der Sohn ist noch gar nicht im richtigen Fahrwasser, die Ereignisse, die Menschen seiner Umgebung, seine Jugend, seine Unerfahrenheit und sein guter Glaube werden ihn aber doch in den Strudel reißen.

Die Mutter steht immer noch wachbereit zwischen den Sagenjahren.

Die Tochter.

Frau Krause kann Glück haben: ihre Tochter ist verständig, gewandt, macht ihrer Erziehung Ehre. Hat eine gute Stellung, vielleicht als Privatsekretärin. Verlobt sich mit einem gutsituierten Mann. Heiratet. Die Ehe wird glücklich. Frau Krause kann Unglück haben: ihre Tochter ist unerzogen trotz Erziehung. Ist gewandt, aber in Dingen, die Frau Krause nicht gern sieht. Sie verlobt sich nicht, verliebt sich desto öfter, sie heiratet nicht, bekommt aber ein Kind.

Wie können wählen. Wählen wir den Mittelweg, Frau Krause zuliebe:

Die Tochter ist hübsch und etwas frei, ohne ihre gute Erziehung zu verleugnen. Sie ist ein modernes junges Mädchen mit maßvollem Sportsinn und bescheidenem Stillsitzen. Sie liebt ihre Mutter, ohne Gelegenheit zu suchen, es ihr zu beweisen. Mit ihrem Vater versteht sie sich ganz gut, ihre politischen Anschauungen decken sich in einem gewissen Kreis, soweit sie es versteht, aber sie versteht es, behauptet sie — sie hat Augen zu sehen, Ohren zu hören — doch in ihrem politischen Vokabularium finden wir nur die Erklärungen „Gefühl“ und „Schlagzeile“. Uebrigens wie bei ihrem Bruder.

Die ersten größeren Kämpfe gibt es, als ein Mann in ihrem Leben mehr Raum einzunehmen versteht als andere. Die Mutter erwartet, daß Herr Sebald bei ihnen Besuch macht, sie muß doch den Mann kennen, mit dem sich ihre Tochter trifft, aber Herr Sebald, Mitglied eines Fußballclubs und obendrein politischer Gegner des alten Herrn Krause, versteht es, sich von dieser Visite, die ihn zu binden scheint, zu drücken. Er begnügt sich lieber mit Zusammenkünften im Badestock, im Zeit, auf der Terrasse eines

Ausflugrestaurants, im Kino, im Café. Die Tochter fährt die Mutter auf: Eine offizielle Antrittsstufe sei heute doch nicht notwendig. Uebrigens wäre es doch nur ein Bekannter, ein Freund, jedes Mädchen hätte heute einen Freund, und gewiß würde auch Herr Sebald einmal die Familie besuchen, nur jetzt wäre es noch verfrüht, „wir wissen ja nicht, wie sich unsere Freundschaft entwickeln wird, wie lange sie dauert“, die Zeiten hätten sich eben geändert...

Die Mutter hat nur den einen Trost der guten Erziehung, die sie ihrer Tochter angedeihen ließ.

Sie hat nie über gewisse Dinge mit ihr gesprochen, jetzt erwägt sie, ob sie es nicht nachholen müsse, aber sie denkt schließlich, daß ihre Tochter, weil sie Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, über gewisse Dinge bereits im Bilde sei, ohne an Leib und Seele Schaden genommen zu haben.

Als die Tochter im Laufe des Sommers den Freund wechselt oder wechseln muß, ohne Schaden an Leib und Seele genommen zu haben, denkt die Mutter immer noch an Herrn Sebald, und ob er wohl ihr Schwiegerjohn werden würde...

Der Gänsebraten am Sonntag beginnt von seiner ausgeglichenden, veröhnenden Wirkung zu verlieren.

Der Sohn ist seit einiger Zeit stellunglos, dafür aber politisch sehr aktiv. Er hat jetzt seinen Weg erkannt. Er gehört einer radikalen Partei an. Der radikalsten. Die Abende verbringt er in Parteikafés. Am Sonntag fährt er mit Kraftwagen über Land. Einmal kommt er mit einer Kopfwunde heim. Die Mutter schlägt die Hände zusammen. „Du mußt es ihm verbieten!“ sagt sie zu ihrem Mann, voll Angst, denn die Zeitungen berichten täglich von politischen Zusammenstößen und Ueberfällen Radikaler.

Der Vater verbietet seinem Sohn, an solchen Fahrten teilzunehmen.

Ich muß für meine Ueberzeugung einstehen! sagt der Sohn.

Dagegen kann der Vater nichts machen. Er könnte nur versuchen, seinem Sohn klar zu machen, daß diese Ueberzeugung falsch sei. Dazu fehlt aber erstens dem Vater das nötige Verständnis für die seelische Situation der jüngeren Generation, und zweitens ist diese Generation selten mit sachlichen Gründen zu überzeugen. Der alte Krause sitzt jetzt abends nach Büroschluss öfter über seinen Kriegserinnerungen, ein ohnmächtiges Gefühl im Herzen. Er betrachtet bitter das Stück Blei neben dem Eisernen Kreuz, er liest

Iwan Heilbut: „Carlos und Nicolas“

(Von Rudolf Johannes Schmied. Mit Bildern von Hans Meid. Erich Reiß Verlag, Berlin)

Auf einem Landgut bei Buenos Aires wachsen zwei Brüder nebeneinander und miteinander auf — Carlos und Nicolas, eigentlich Karl und Nikolaus, denn sie sind die Kinder eines deutschen Vaters. Uebrigens, es ist nicht von besonderer Bedeutung, in welchem Erdteil die Geschichte spielt, so, es ist kaum eine Geschichte zu nennen — es ist viel mehr, viel schöner als eine Geschichte. Es sind die Tage zweier Kinder, wie sie hintereinander langsam und inholtsvoll verfließen; jeder ist voll von Erlebnissen und der nächste Tag erwartet sie wieder. Durchaus unromantisch, aber um so wahrer, lebendiger, sind die Ereignisse miteinander kaum verbunden — es sei denn durch die Herzen, die sie immer in ihrer eigentümlichen Weise erleben.

Carlos ist sieben, Nicolas sechs Jahre alt. Sie sitzen am Strom, und mit einem Male fällt es Carlos ein, sich Nicolas' Boleadoras besser gefallen zu lassen als die eigenen. (Boleadoras sind in ihrer Bedeutung etwa dem Vasso zu vergleichen.) Er bietet seinem Bruder für die Boleadoras sein wertvolleres Pferd und dann den Sattel zum Tausch. Nicolas aber will nicht, nun gerade nicht. Und weil eben ein schöner Dampfer den Strom herauf kommt, verspricht Carlos auch diesen Dampfer dazu. Darauf schenkt ihm Nicolas die Boleadoras. Weil Carlos sich freut, schenkt er — in Gebelau, wie er heute nur einmal ist — auch noch ein Landgut mit genau zwei Millionen Pferden und einer Million Röhre weg.

Nicolas wundert sich immerhin. Bisher hat er von diesen Reichtümern des Bruders noch nichts gewußt.

Woher er das alles denn habe?

„Onkel Paulus hat es mir geschenkt.“

Das ist eine hinreichende Erklärung. Ein Onkel kann selbstverständlich noch viel mehr als ein Landrat verschenken, vielleicht besitzt Nicolas ihn bald um den Erdteil Amerika zum Geburtstag.

Vorderhand jedoch ist er mit dem Pferdetausch, mit dem Dampfer und dem Landgut zufrieden. Sogleich baut er sich seine Zukunft auf diesen Reichtümern auf. Er reitet zu seiner Geliebten Juanita hinüber. Nach einleitenden wunderhübschen Gesprächen fragt er Juanita, ob es ihr Spaß machen würde, Königin von Paris zu werden; bejahendfalls würde er es erodern, um mit ihr als Gemahlin darüber zu herrschen. Da der Vorschlag von Juanita mit Mißtrauen aufgenommen wird, gehen sie zu dem Pferdetracht José, der nämlich vormals König von England war.

„Nicht wahr, José, du warst früher König von England?“

Nach der ersten Verblüffung bestätigt José die Tatsache seiner großen Vergangenheit. Und dies ist Beweises genug, so daß Juanita sich ohne weitere Widerstände mit dem dermaligen König von Paris verlobt. Seinen Verlobungstanz hat er nun dahin — den Borgenuß seines Königturns, worauf das ganze Paris-Bersprechen möglicherweise hinausläuft.

Am Abend aber im Bett wird es Carlos unter der Last seiner Versprechen, die er Nicolas gegeben, zu schwer. Er gibt ihm die Boleadoras wieder und zieht seinerseits den Dampfer und das Landgut mit den zwei Millionen Pferden und der einen Million Röhre zurück.

Sofort begreift Nicolas, daß Juanita niemals seine Frau und Paris niemals sein Königreich werden würden. Das ist zupiel für sein Herz. — Er steht auf, macht Licht und spielt Eisenbahn, bis er einschlüft.

Von dieser Art, unerheblich in der Welt der Straßen, unbeachtet —, in der Welt der Kinder aber erschütternd und weltbildverändernd, sind die Erlebnisse der Brüder. Einmal tauschen sie ihre Hündchen gegen das Bräutchen des sechsjährigen Nachbarjungen ein. Aber schon nach kurzer Zeit ist es ihnen nicht recht, daß sie nur ein eingehandeltes Bräutchen haben. Nein, es soll ein edles, eigenes sein. Sie legen also Pepito, das Bänd, auf die Erde und reiten in die Laguna, um dort einen Bruder zu finden. Auch schlagen sie zu diesem Zweck mehrere Straußenteiler auf. Aber wobei Pepito noch Straußenteiler enthielt das, was sie suchen. Immerhin bringen sie Pepito seinem großen Bruder zurück, denn das Ubrige nur eine Expedition ist... wenn er nun auch den

Briefe, in Unterständen geschrieben, über die Mienen hinbrachten, er erlebt noch einmal, wie ihn damals die Sehnsucht nach Ruh, Ruhe, Souveränität, friedlicher Arbeit, Familie auf die Knie warf, während Granaten in die Grabenbrüstung schlugen.

Er weiß alles, alles, was sein Sohn vielleicht in zehn Jahren wissen wird, und er kann ihm nicht helfen.

Warum nicht?

Sieht diese Generation keine andere Möglichkeit, Werte zu schaffen, als Werte zu vernichten?

Noch ist die Mutter da. Sie vermittelt, wenn das Gespräch am Familientisch in drohende Gebiete zu entgleiten droht, sie versucht schweren Herzens Dinge, die dem Jungen den Joch des Vaters einbringen würden. Sie wacht.

Für sie hat ihr Mann recht und der Junge. Wenn sie es nur einsehen wollten, denkt sie naiv, ohne die Zusammenhänge zu erkennen, aber ihr Gefühl ist klar.

Sie kann nichts nicht schlafen, wenn der Sohn noch nicht heimgekommen ist, wenn sie ihn bei einer Demonstration weiß. Sie steht leise auf, um ihren Mann nicht zu wecken, und geht hinüber in das Zimmer des Jungen, das Bett ist leer, über dem Sofa hängen Parteielemente, eine Mühe liegt auf dem Stuhl.

Sie sieht sich ein bißchen im Zimmer um und geht wieder leuchtend hinaus. In diesem Augenblick trägt sie die ganze Last des Mutterseins, niemand hat sie je so gesehen, niemand weiß, was sie in solchen Augenblicken fühlt, niemand — außer Mutter — könnte es vielleicht begreifen.

Dann entdeckt sie, daß auch im Zimmer der Tochter das Bett noch unberührt ist, sie erschrickt. Sie taumelt zu ihrem Bett zurück und liegt wach, bis Schritte kommen. Sie weiß nicht, woher diese Schritte kommen. Vielleicht aus einem großen, hellen Tanzsaal, vielleicht aus der Wohnung eines Mannes, vielleicht aus einer dunklen Femeleise...

Sie wird alt in diesen Stunden.

Wie es weitergeht? Alltagschicksal, Zeitschicksal.

Vielleicht bringt man den Sohn eines Nachts mit einem Messerstück im Rücken nach Hause. Vielleicht kommt der Sohn eines Tages nicht mehr nach Hause, und im Schreibtisch des Vaters fehlt der Trommelreolover, den er mal einem toten Tommy abgenommen hat, vielleicht sitzt ein Schuß dieser Revolution im Bauch eines Begners.

Vielleicht verliert auch die Tochter ihre Stellung, und der alte Vater ernährt und heidelt auch wieder seine längst erwachsene Tochter. Vielleicht heiratet die Tochter. Dann kann man heute kaum sagen, ob das ein Glück wäre.

Wenn aber die Mutter stirbt, das wäre ein Unglück.

hübschen lustigen Binscher wieder hergeben muß. — Später aber langt ein Hauslehrer an, und dieser Herr ist ein Deutscher. Nicht nur sein Name, Herr Dr. Bürstenfeger, sondern auch die Art, wie ihn der Dichter einführt und wie ihn der Illustrator Hans Meid zeichnet, bringen den Leser auf den Verdacht, daß es sich bei Herrn Dr. Bürstenfeger um eine jener Gestalten handelt, die in Kinderbüchern nur zu dem Zwecke auftreten, um verpöppelt zu werden. Der Fall dieses sehr lang ausgeholfenen, schmalen, würdigen, pflichtbewußten Deutschen liegt so, daß ein Leser, der selber zum Verpöppelt geneigt ist, den Mann als lächerlich empfinden wird; ein anderer Leser aber, dessen Aufgabe auf Erden hingehen das Verpöppelt werden ist, wird nicht den tragischen Grundzug übersehen, noch die melancholische leise Melodie überhören, die Dr. Bürstenfegers Körperlichkeit und Seele, in eins verschmolzen, in jedem Augenblick deutlich werden lassen. Herr Dr. Bürstenfeger liebt die sehr junge Tante von Carlos und Nicolas — jedoch seine Liebesstürme rasen sich auf dem Klavier aus. Er ist dabei nicht arm, o nein — denn gerade weil er weiß, daß ihm viel, so, das Schönste auf dieser Welt verjagt bleibt, eben deshalb sucht er Natur und Kultur zu umarmen — die sich ihm nicht sprödhertzig wie eine junge Dame verhalten. Später einmal — anlässlich seiner Europareise mit den Kindern — geschieht es jedoch, daß sich ein Fräulein von Pnühl unentwegt an ihn heranzumacht, um ihren Lebensschmerz an seinem Herzen auszuweinen. Ach Gott, das ist nun aber auch nicht das Glück für Herrn Dr. Bürstenfeger. Denn obgleich ihm Frauenschönheit nun einmal unerreichbar bleibt, so weiß er immer noch recht gut zwischen dem, was ihm gefällt, und dem anderen zu unterscheiden. Seine Wahnsinnigkeit hat durchaus nichts von ihrer Schärfe im Laufe der Jahre eingebüßt — vielleicht ist sie im Gegenteil sogar (im Vergleich mit den reichlichen Genießern) verfeinert. Fräulein von Pnühl ihrerseits aber hat aus Kummer, der aus Entbehrung kommt, den tragischen Zug zum Alkohol. Im übrigen muß man nur ihren Namen mit Gefühl aussprechen, P...f...n...u...h...i... — und man hat sie liebhaft, wie Hans Meid sie gezeichnet hat.

Die dichterische Gerechtigkeit, die alle Personen dieses Buches genießen, verhindert nicht, daß sie mit einer leisen Ironie dargestellt sind, die sie sich aber ruhig gefallen lassen dürfen. Unterscheidet sich dies Werk schon hierdurch vorteilhaft von vielen anderen Kinderbüchern, so ist es durch die Art der „Kinderreize“, die vorkommen, ganz einmalig. Es ist die feinste Psychologie, die das Geschehen gestaltet. Es sind ja auch in Wirklichkeit keine „Streiche“ — ebensowenig wie das Buch etwa nur für Kinder und nicht auch für Erwachsene bestimmt wäre. In dieser Hinsicht liegt der Fall nicht anders wie bei Andersen's Märchen, an die die einzelnen Abschnitte in ihrer Feinheit übrigens nicht selten gemahnen.

Etwas deutlicher in ihrer Ironie, prächtvoll in den meisten Fällen durch Trefflichkeit, Sparsamkeit im Stich und Einfühlungs- und Ausdrucksvermögen sind die schon oben erwähnten Illustrationen Hans Meids.

Wieviel Kälte verträgt der Mensch? Die Frage, wieviel Kälte ein Mensch vertragen kann, ist zur Winterzeit immer aktuell. Der Mensch verträgt viel mehr Kälte als man annimmt. Von dem Polarforscher Nansen wissen wir, daß er oft eine Kälte von 30 bis 40 Grad Celsius und einmal sogar eine solche von 50 Grad Celsius ertragen mußte, ohne daß dies ihm geschadet hätte, er fühlte sich bei diesen Temperaturen sogar anheimelt wohl. Durch Abhärtung ist hier sehr viel zu erreichen, wir brauchen nur an die Illegier zu denken, die in großen Höhen oft Temperaturen von minus 40 Grad und auch mehr ausgeht sind. Ein Mensch ist sogar imstande, den absoluten Nullpunkt (273 Grad), allerdings nur für wenige Sekunden, zu ertragen, vorausgesetzt natürlich, daß er keinen Körper und kein Gesicht genügend schützt.

Die Hottentotten und neben den Buschmännern und Kaffern die einpöppelnden Bewohner Südafrikas. Bezeichnend ist, daß die Hottentotten die ihre Bekleidung sich nicht selbst gegeben haben, sondern daß sie so von den Büren und dann von aller Welt benannt wurden. Sie selbst nennen sich Kolloin.